VBE

11/2018
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
05.11.2018 / 69. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Im Kontext von Bildung und Kultur – jüdische Schulen in Deutschland

- **Junger VBE: Lehrerbildung zu wenig praxisorientiert?**
- **Recht in der Schule in Frage & Antwort**

Inhalt

Leitartikel 3
Magazin 4
Aktuell 6
Thema 8
Das aktuelle Interview 13
Essay 15
Junger VBE 17
Berichte 18
Personalräte & Co. 20
Recht 21
Leserbriefe 23
Infos & Technik 25
Seniorinnen & Senioren 27
Gratulation & Erinnerung 28
Aus den Kreisverbänden 29
Termine 30

IMPRESSUM

5. November 2018, 69. Jahrgang

Herausgeber Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Rheinland-Pfalz, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon: 0 61 31-61 64 22, Telefax: 61 64 25, info@vbe-rp.de

Redaktion:
Hjalmar Brandt (verantwortlicher Schriftleiter) *br*, h.brandt@vbe-rp.de, **Elisa Engert *ele*** (Chefin vom Dienst), e.engert@vbe-rp.de, **Dr. Markus Bachen *mb*** (Veranstaltungen/Regionales), m.bachen@vbe-rp.de, **Frank Handstein *fh*** (Reportage/Recht), f.handstein@vbe-rp.de, **Marlies Kulpe *mkl*** (Bildungspolitik/Rubriken), m.kulpe@vbe-rp.de, **Klaus Schmidt *kfs*** (Reportage/Berufspolitik/Zum Schluss), k.schmidt@vbe-rp.de

Verlag: VBE Bildungs-Service GmbH, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz

Fotos/Grafik:
Fotostudio Jan Röder: Titel, 3, 6, 7, 8, 9, 14, 21, 22, 23(2), 30 unten (2), 31 unten, Sandra Binnert: 16, Haus Felsenkeller: 18 (3), climb/Anna Dremel: 19 (4), Elisa Engert: 24 (11), Franz-Karl Rauls: 29 (2), Willi Sitte … : 29 (unten), Hjalmar Brandt: 13, 15, 31, VBE-Archiv: 27, 30

Die RpS erscheint zehnmal im Jahr. Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss 19.11.2018 für Heft 12–2018 / 01-2019

Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm, E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 10. Dezember 2018.

Editorial

Betrifft: Klimawandel

Der Klimawandel ist – weltpolitisch wie national – ein besonders heißes Eisen. Es gibt Protagonisten und Ignoranten – und ganz viele zwischen diesen Polen, die meinen, so schlimm könne es nicht werden.

Ein ganz anderer Klimawandel deutet sich in der Bildungspolitik an, genauer: an den Schulen und Universitäten. Der parteipolitisch organisierte Rechtspopulismus stiftet Schüler und Studierende zur Denunziation an. Lehrer und Professoren, die vermeintlich nicht objektiv bzw. neutral über eine Partei des politischen Rechtsaußen berichten, sollen öffentlich an den Pranger gestellt werden. Wer schon mal einen Strauß mit Schülern oder Studenten ausgefochten hat, wird ahnen, was da auf das schulische Klima zukommt: Misstrauen, Argwohn, Beschattung, Rache … So schlimm kann das nicht werden? Obacht – so ein Klima schaukelt sich hoch. Und genau das – dieser Tabubruch – ist beabsichtigt.

Die Redaktion dieser Zeitschrift macht da nicht mit. Mit Kritik ist offen umzugehen, immer mit Respekt. Aber die Feinde der Demokratie müssen klar benannt werden. Auch und gerade in Schule und Universität.

Ihre RpS-Redaktion

Bilder zum Heftthema

Für unser Thema in dieser RpS-Ausgabe haben wir den Fotografen Jan Roeder um Abbildungen einer Synagoge und um Motive aus dem Jüdischen Museum München gebeten. Es sind folgende Abbildungen:

- Titel: Dach der Synagoge „Ohel Jakob“ am Münchner St.-Jakobs-Platz. Ein vorgehängtes Metallnetz erinnert als namensgebendes „Zelt“ („Ohel“) an das Stiftszelt während der Wüstenwanderung.
- Seite 8: Machsor (Feiertags-Gebetbuch) für das Neujahrsfest Rosch haSchana und den Versöhnungstag Jom Kippur
- Seite 10: Comic von Jordan G. Gorfinkel (New York)
- Seite 14: Portal der Synagoge „Ohel Jakob“ in München. Darauf abgebildet die ersten zehn Buchstaben des hebräischen Alphabets, die die Zehn Gebote symbolisieren
- Seite 15: „Gang der Erinnerung“: In dem unterirdischen Gedenkort erinnern hinterleuchtete Glasplatten an die Namen von über 4.500 Münchner Juden, die während der Zeit des Nationalsozialismus deportiert und ermordet wurden.

RED

Nicht kleckern, sondern klotzen: Mehr Geld für die Bildung!

„Bildung ist Menschenrecht und das Fundament individueller und gesellschaftlicher Entwicklung. Die Politik ist unseren Kindern, unseren Lehrkräften und unserer Gesellschaft gegenüber verpflichtet, dieses Recht einzulösen“, so der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann anlässlich des Weltlehrertages 2018.

Dazu muss dringend **mehr Geld** in den Bildungsbereich fließen, damit dieses Menschenrecht unseren gesellschaftlichen Anforderungen entsprechend umgesetzt werden kann. Denn ohne diese schon lange überfälligen Investitionen wird der Bildungsauftrag immer mehr zu einer belastenden und krank machenden Aufgabe für die Kolleginnen und Kollegen. Wer am Fundament spart, muss sich nicht wundern, wenn das Haus einsturzgefährdet ist.

Wir brauchen dringend mehr **Zeit** für die Schülerinnen und Schüler. Vieles, was früher Aufgabe der Familien war, wird in die Schule verlagert. Die Kolleginnen und Kollegen übernehmen zunehmend erzieherische Aufgaben. Der Spagat zwischen diesen zeitlich immer intensiveren Aufgaben und den eigentlichen Kernaufgaben der Schule macht immer mehr engagierte Lehrerinnen und Lehrer krank.

Wir brauchen **kleinere Klassen**, um den sich wandelnden Bedürfnissen unserer Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Dies ist auch insbesondere im Hinblick auf Inklusion und Integration notwendig. In kleineren Lerngruppen bleibt mehr Zeit für jeden Einzelnen.

Wir brauchen **multiprofessionelles Personal** in den Schulen. Neben den Lehrkräften brauchen wir mehr pädagogische Fachkräfte zur Förderung und Forderung aller Schülerinnen und Schüler sowie mehr Schulsozialarbeiter, die bei den zunehmenden erzieherischen Aufgaben unterstützen können.

Wir brauchen mehr **Investitionen in die Ausbildung qualifizierter Lehrkräfte**. Jahrelange Versäumnisse in der Politik haben dazu geführt, dass wir auf eine katastrophale Versorgung mit ausgebildeten Lehrkräften zusteuern. Die Qualifizierung von Seiten- und Quereinsteigern auf ihren zukünftigen Einsatz in den Schulen ist wichtig, um dem entgegenzusteuern. Dazu müssen aber auch Entlastungen in Form von Anrechnungsstunden für die Kolleginnen und Kollegen geschaffen werden, die Seiten- und Quereinsteiger in den Schulen begleiten.

Barbara Mich

Wir brauchen mehr Investitionen, damit die **Sanierung** vieler Schulen endlich angegangen werden kann. Für eine zukunftsorientierte Bildung ist nicht nur die Ausstattung, sondern auch die Wartung der digitalen Medien notwendig – genau wie zeitgemäß ausgestattete Fachräume. Daneben erfordern kindgerechte und sichere Schulhöfe, Ruhezonen, Aufenthaltsräume, aber auch vernünftige Toilettenanlagen Investitionen, damit unsere Schulen motivierende Lernräume bieten können.

Bisher kommt die Politik der Verpflichtung unseren Kindern und Lehrkräften gegenüber nur mangelhaft nach. Sie bürdet Lehrerinnen und Lehrern immer mehr Aufgaben auf, ohne Entlastung an anderer Stelle zu schaffen, und so nimmt die Politik auch billigend in Kauf, dass der Lehrerberuf immer belastender wird und immer mehr an Attraktivität verliert.

Der VBE fordert die Anerkennung der Leistungen aller Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, die die tragenden Säulen unseres Bildungssystems sind, durch Entlastung und auch durch finanzielle Gleichstellung aller Kolleginnen und Kollegen.

Und das erfordert mehr Geld für die Bildung! Also nicht kleckern, sondern klotzen!

Dafür kämpft der VBE. Mit Biss!

Barbara Mich
Landesschatzmeisterin des
VBE Rheinland-Pfalz

Lehrerinnen und Lehrer am Pranger

Die Online-Plattformen der AfD zur Meldung politischer Äußerungen von Lehrern stoßen bei Bundesländern und Bundesregierung auf Kritik und Empörung. Die Länder seien entschieden gegen Internetportale, in denen Schüler ihre Lehrkräfte wegen vermeintlicher parteipolitischer Einflussnahme denunzieren sollen, sagte der Chef der Kultusministerkonferenz (KMK), Thüringens Ressortchef Helmut Holter, am 11. Oktober nach einer KMK-Sitzung in Berlin. „Das führt im Ergebnis zu einer Vergiftung des Schulklimas." Bundesjustizministerin Katarina Barley sagte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": „Organisierte Denunziation ist ein Mittel von Diktaturen."

Die Rechtspopulisten wollen mit den Portalen dagegen vorgehen, wenn Lehrer gegen sie argumentieren. Nach der Hamburger AfD stellte auch die AfD in Baden-Württemberg eine Meldeplattform online. Der Vorwurf der AfD lautet, dass Lehrer, die sich kritisch über die AfD äußern, ihr Neutralitätsgebot verletzen. In parlamentarischen Anfragen sammelte sie Hinweise auf solche Fälle. Sie legte auch mehrere Dienstaufsichtsbeschwerden ein.

„Wer so etwas als Partei einsetzt, um missliebige Lehrer zu enttarnen und an den Pranger zu stellen, gibt viel über sein eigenes Demokratieverständnis preis", so die Bundesjustizministerin. Holter meinte, Lehrer sollten in ihrem Bemühen zur Demokratiebildung, in der Erziehung zu Menschenrechten und im Eintreten für Toleranz unterstützt werden. Schulen müssten Kenntnisse der freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechte vermitteln. „Zur Demokratiebildung gehört auch, zu vermitteln, dass es einen nicht verhandelbaren Kernbestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gibt."

Baden-Württembergs Ressortchefin Susanne Eisenmann (CDU) hatte die Plattform-Pläne als „völlig daneben" bezeichnet. Nordrhein-Westfalens Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) verurteilte das AfD-Vorgehen ebenfalls mit deutlichen Worten.

AfD-Vizechef Georg Pazderski sagte, die Online-Portale in Berlin, Brandenburg, Hamburg und Niedersachsen seien „unbedingt notwendig, weil in vielen Schulen von Lehrern nur noch ein einseitiges links-grünes Weltbild verbreitet und geduldet wird".

Holter sagte im SWR, die Länder prüften juristische Schritte. Ein Verbot der Meldeportale sei rechtlich aber schwierig. Bei Lehrern wiederum ist die Grenze zwischen statthafter Positionierung und zu viel Beeinflussung der Schüler nicht einfach zu ziehen. Seit den 1970er-Jahren gibt es eine Übereinkunft im Bildungsbereich, nach der Lehrer den Schülern ihre Meinung nicht aufdrängen dürfen, sie Themen ausgewogen besprechen und die Schüler zu selbstständigen Entscheidungen anleiten müssen. Im Konfliktfall gilt dieser sogenannte Beutelsbacher Konsens unter Juristen aber als schwer konkret anzuwenden. Juristen und Experten betonten in der bereits seit Wochen laufenden Debatte über das AfD-Vorgehen in verschiedenen Medien, dass Lehrer das Recht auf Meinungsfreiheit haben und den demokratischen Grundsätzen verpflichtet seien.

dpa/Basil Wegener, Alexia Angelopoulou, Anne-Béatrice Clasmann

Tausende Lehrer fehlen

An Deutschlands Schulen fehlen innerhalb von zehn Jahren nach offizieller Prognose 18 000 Lehrer. Im laufenden Jahr liegt der Bedarf an frischen Kräften laut Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) um 11 510 über dem Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Die Lücke sinkt auf 2720 im Jahr 2022. Für das Jahr 2027 geht die KMK dann davon aus, dass wieder 3060 mehr ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen, als in dem Jahr gebraucht werden. Für die bis 2030 reichende Prognose rechnet die KMK mit im Schnitt pro Jahr 700 fehlenden Lehrern.

Der Mangel ist in den ostdeutschen Ländern laut der am 11. Oktober veröffentlichten KMK-Prognose in den kommenden Jahren dramatischer. Im Westen gibt es demnach im Schnitt 900 mehr Absolventen des Vorbereitungsdienstes als benötigte Lehrer. In den Ostländern fehlen hingegen im Schnitt jährlich rund 1500 Lehrer.

Derzeit gibt es deutschlandweit 798 200 hauptberufliche Lehrkräfte. Von 2018 bis 2030 rechnen die Bildungsminister mit einem jährlichen Einstellungsbedarf von rund 31 900 Lehrern im Schnitt. Aber nur 31 200 ausgebildete Lehrkräfte gebe es jedes Jahr.

Stellen könnten laut der Prognose vor allem in Berufsschulen, Grundschulen, Schulen der mittleren Bildung und in der Sonderpädagogik leer bleiben. KMK-Präsident Helmut Holter sagte, die Zahlen zeigten den akuten Handlungsbedarf für alle Länder. „Wir sind gemeinsam dazu aufgerufen, jede Anstrengung zu unternehmen, um den künftigen Bedarf zu decken", sagte der Bildungsminister Thüringens. Die Vorausberechnungen dienten den Ländern dazu, zu reagieren. „Es müssen mehr Lehrer ausgebildet werden", sagte Holter.

dpa

Mehr Geld für Thüringer Regelschullehrer

Thüringer Regelschullehrer bekommen rückwirkend zum Januar dieses Jahres mehr Geld. Einen entsprechenden Gesetzentwurf beschloss das Parlament am 28. September mit den Stimmen der rot-rot-grünen Regierungskoalition. Die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und AfD stimmten dagegen. Das nun beschlossene Gesetz sieht vor, dass Regelschullehrer rückwirkend zum Januar rund 255 Euro monatlich mehr bekommen. In einem zweiten Schritt sollen die Gehälter dann Mitte 2019 auf die Besoldungsstufe A 13 / E 13 angehoben werden. Diese Erhöhung soll ab Januar 2020 gelten.

dpa

Lehrer stärken – Schulen entwickeln

Wenn Schule gut sein soll, müssen die gut sein, die sie machen. Das ist besonders wichtig in Zeiten wie diesen, wo Politik und Gesellschaft ihre Erwartungen an Schule immer wieder betonen, aber nicht genügend Ressourcen für ihre Weiterentwicklung und die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stellen. Deswegen hat das bewährte schulpsychologische Autoren-Duo Helmut Heyse und Bernhard Sieland mit „Kollegien stark machen – Schulen erfolgreich entwickeln“ *) jetzt eine praktische Handreichung zur Stärkung der schulinternen Energieressourcen vorgelegt. Es geht also weder um bildungspolitische Forderungen noch um individuelles Coaching, sondern darum, die intern selbst beeinflussbaren Arbeitsbedingungen sowie die psychosozialen Kompetenzen von Lehrkräften zu verbessern.

Dafür stellen die beiden Autoren in zehn Kapiteln reichlich Inhalte, Methoden und Material zur Verfügung. Die ersten zwei befassen sich mit dem gesellschaftlichen Wandel und damit, wie Schulen mit ihm umgehen können. Dabei wird dem Problem der „Änderungsresistenz“ von Lehrpersonen das Konzept der „Salutogenese“ gegenübergestellt. Sie bildet die Antwort auf die Frage, was Menschen Durchhaltevermögen und seelische Stabilität verleiht, um auch die massivsten Beeinträchtigungen zu überwinden. Damit ist Salutogenese in der Tat zentral bedeutsam für das gesunde Durchstehen eines Berufslebens als Lehrer.

Acht weitere Kapitel stellen schulinterne Ressourcen vor, die bedeutsam „für eine erfolgreiche und gesundheitsfreundliche Erledigung der Tagespflichten und der Mitarbeit an Veränderungsprojekten“ (S. 13) sind. Dazu zählen Leitbilder für die pädagogische Arbeit, kommunikative Kompetenzen bis hin zu einer konstruktiven Konfliktkultur, Kooperation und Teamarbeit sowie Fähigkeiten der Selbststeuerung. Den Abschluss bildet das Kapitel über salutogenes Unterrichten im Sinne einer Unterrichtsgestaltung, die Lehrerinnen und Lehrer entlastet. Immer wieder wird deutlich, wie wichtig das gemeinsame Arbeiten, der Teamgedanke, ist.

Was „Kollegien stark machen“ so besonders und berufspraktisch wertvoll macht, kommt im trockenen Titel gar nicht zum Ausdruck. Es sind die zahllosen konkreten Anregungen und Ideen für den Alltag, die in Form von Fragen für die Selbstreflexion, praktischen Beispielen und Beschreibungen von Methoden und Techniken die Seiten durchziehen. Und wer frühzeitig das Internet-Material zum Buch (über die Verlags-Website zugänglich) sichtet, findet dort weitere 180 Seiten Arbeitsblätter mit Tabellen, Fragebögen etc., die ganz einfach ausgedruckt und eingesetzt werden können. Gleichzeitig lockern Zitate mit teils hintergründigem Humor die Lektüre auf, so wie dieses von Roland Storath entlehnte: „Zielvereinbarungen ähneln der Kunst, mit der Gans einvernehmlich, kooperativ und gleichzeitig zielorientiert über den Weihnachtsbraten zu reden“ (S. 204).

*) Helmut Heyse, Bernhard Sieland: Kollegien stark machen – Schulen erfolgreich entwickeln, Bern (hep verlag) 2018, 280 S., € 25,– (E-Book € 19,99)

„Kollegien stark machen – Schulen erfolgreich entwickeln“ ist ein Fachbuch für Lehrkräfte und Schulleitungen, das an der Zeit war, für diese Zeit genau richtig ist und mit seinem praxisorientierten Inhalt der Lehrerschaft wertvolle Hilfestellungen zur Bewältigung der aktuellen Umbrüche gibt. Aber es macht gleichzeitig klar, dass Pädagoginnen und Pädagogen, an welcher Schulstufe sie auch tätig sein mögen, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und den Arbeitsalltag eigenständig gestalten müssen. Der Gedanke, dass sie nie mit dieser Aufgabe fertig sind, bekommt mit dem Schlusswort eine tröstlich-positive Wendung. „Der Zweifler“ von Bertolt Brecht sollte eigentlich in jedem Lehrerzimmer aushängen, um klarzumachen, dass man immer wieder von vorne beginnen muss und nie aufhören kann.

RED

Neue Erkenntnisse zu Ursachen des Lehrlingsmangels im Handwerk

Soziales Umfeld entscheidend für Berufswahl von Jugendlichen

Stehen Jugendliche vor der Frage, ob sie einen Handwerksberuf erlernen sollten, geht es für sie nicht nur darum, ob die Arbeit interessant ist, was sie einbringt und unter welchen Bedingungen sie zu verrichten ist. Noch wichtiger ist für die Jugendlichen, ob ihnen die Wahl des Berufs hilft, in ihrem sozialen Umfeld zu punkten. Ist dies nicht der Fall, nehmen viele vom betreffenden Beruf Abstand, selbst dann, wenn ihnen die Arbeit darin gefallen würde. Dies sind Ergebnisse einer Befragung von rund 1.700 Schülerinnen und Schülern, die der neuesten Ausgabe der Reihe BIBB REPORT des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zugrunde liegen.

Für das Handwerk stellt der starke Einfluss des sozialen Umfeldes eine große Herausforderung dar. Denn immer mehr Schülerinnen und Schüler stammen aus Elternhäusern, die selbst keine Verbindung zum Handwerk mehr haben und von ihren Kindern das Abitur oder einen Hochschulabschluss erwarten. Die Folgen: Viele dieser Kinder verlieren nicht nur das Interesse, an eine Berufsausbildung im Handwerk überhaupt noch zu denken. Sie wissen auch über Handwerksberufe und ihre Tätigkeitsanforderungen weniger Bescheid – anders als ihre Klassenkameradinnen und -kameraden, die über ihre Bekannten und Verwandten noch Kontakte zu Handwerkerinnen und Handwerkern haben.

Durch eine stärkere Aufklärung über die aktuellen Tätigkeitsanforderungen in Handwerksberufen ließe sich sehr wohl das Interesse der Schülerinnen und Schüler steigern. Denn das, was sich diese vor allem wünschen – abwechslungsreiche und kreative Arbeit unter Einsatz modernster Technik –, kennzeichnet nach Ansicht von Ausbilderinnen und Ausbildern die Arbeit in Handwerksberufen viel stärker, als Jugendliche vermuten.

Gleichwohl bleibt es für die Jugendlichen aber die entscheidende Frage, ob ein Beruf ihr Ansehen beziehungsweise ihre Stellung in ihrem sozialen Umfeld stärkt. Ist dies nicht der Fall, zum Beispiel, weil sie infolge der Erwartungen ihrer Eltern den Gedanken an eine Berufsausbildung im Handwerk längst aufgegeben haben, vermag auch die Aufklärung über die tatsächlichen Tätigkeiten in diesen Berufen nur noch wenig zu bewirken.

Für BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser verdeutlichen die Ergebnisse, dass Berufsorientierung in den Schulen nicht nur über Handwerksberufe und ihre modernen Arbeitsanforderungen informieren sollte. „Sie muss vielmehr auch Identifikationspotenziale für junge Menschen aufzeigen." Deshalb sei zum Beispiel die Idee richtig, Auszubildende als Ausbildungsbotschafter in die Schulklassen zu schicken. „Eine junge Auszubildende mit höherem Schulabschluss, die sich bewusst für einen männertypischen Handwerksberuf, wie zum Beispiel Klempner oder Metallbauer, entschieden hat, hat eine emotional wesentlich bedeutsamere Wirkung auf die Schülerinnen und Schüler als eine Broschüre, in der mit klugen Argumenten für eine von Klischees unabhängige Berufswahl geworben wird."

Weitere Informationen, Statistiken und Tabellen in: BIBB REPORT, Heft 5/2018 „Was eine Berufsausbildung im Handwerk attraktiv macht". Download unter www.bibb.de/bibbreport

BIBB/RED

„So geht's nicht weiter." 26.

Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

Das kennen wir alle: eine Situation, die an einen kritischen Punkt kommt, an dem nichts mehr normal scheint, in der die vertraute Ordnung gestört wird und aus den Fugen gerät, in der man nicht mehr weiß, wie es weitergeht. Beispiele für so einen Ausnahmezustand – eine Krise – gibt es im Kleinen wie im Großen: ob Einschnitte im Privaten wie Krankheit, Trennung, der Verlust des Arbeitsplatzes oder gesamtgesellschaftliche Erschütterungen durch Wirtschaftskrisen, Epidemien oder Umweltkatastrophen.

Krisen und Umbrüche können negativ erfahren werden, als existenzielle Erschütterung, die es möglichst schnell zu überwinden gilt. Sie können aber auch zum Aufbruch für einen Neuanfang werden, Chancen eröffnen und Engagement befördern. Auf technische Unglücke und Katastrophen folgte Verzweiflung, aber auch die Entwicklung von Schutz- und Sicherheitssystemen; wirtschaftliche Depression und Inflation bedeuteten soziale Verwerfung, führten aber auch zur Einführung wirtschaftlicher Steuerungsinstrumente; der Zusammenbruch von Herrschaftssystemen stellte alte Gewissheiten infrage und ermöglichte zugleich einen Aufbruch zum Besseren.

Wie entstehen gesellschaftliche Krisen? Wie wirken sie sich auf das Leben der Menschen aus und welche historische Bedeutung bekommen sie damit? Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ruft Kinder und Jugendliche auf, sich im Rahmen des 26. Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten mit genau solchen Fragen zu beschäftigen.

Vom 1. September 2018 bis zum 28. Februar 2019 können alle unter 21-Jährigen in Deutschland zum Thema „So geht's nicht weiter. Krise, Umbruch, Aufbruch" auf historische Spurensuche gehen.

Weitere Informationen und Anmeldung unter https://www.koerber-stiftung.de/geschichtswettbewerb/wettbewerb-201819

Körber Stiftung/RED

Nach der Messe ist vor der Messe

Norwegen Ehrengast der Frankfurter Buchmesse 2019

Am Nachmittag des Messesonntags verabschiedet sich traditionell der amtierende Ehrengast und überreicht in einer feierlichen Zeremonie die sogenannte GastRolle an den Ehrengast des kommenden Jahres. Das eigens dafür geschaffene Kunstobjekt der Frankfurter Buchmesse wird in jedem Jahr um einen kurzen literarischen Beitrag des nachfolgenden Ehrengastes erweitert:

Georgien hatte im vergangenen Jahr einen Auszug aus dem berühmten Nationalepos „Der Recke im Tigerfell" von Schota Rustaweli aus dem 12. Jahrhundert gewählt und die Zeilen in den kunstvoll geschwungenen Buchstaben des georgischen Alphabets verfasst:

„Wie die Sonne gleiche Lichtflut auf Gestrüpp und Rosen gießt, sieh, dass Arm' und Reiche du mit gleicher Fürstengnade misst. Auch den Trotz bezwing durch Güte, die allzeit bezwingend ist, spende – wie die Flut, vom vollen Meere kommend, meerwärts fließt."

Im Jahr 2019 präsentiert das Gastland Norwegen seine Literatur und Kultur auf der Messe, in der Stadt Frankfurt sowie an vielen weiteren Orten in Deutschland.

Die Frankfurter Buchmesse findet im nächsten Jahr vom 16. bis 20. Oktober statt. Als Lehrer/-in, Erzieher/-in, Professor/-in oder Student/-in können Sie die Messe als Fachbesucher schon vor den Publikumstagen besuchen.

Frankfurter Buchmesse/RED

Jüdische Schulen in Deutschand

Viele Vorurteile basieren auf Unwissenheit. Vorurteile führen zu Ressentiments, die sich auch in politischen Meinungen ausdrücken. Gesellschaftliche Entwicklungen werden davon beeinflusst. Die jüdische Bevölkerung in unserem Land hat darunter immer gelitten.

Auch heute müssen wir wieder erleben, dass längst ad acta geglaubte Ressentiments lebendig sind oder dies wieder werden. Wenn hierzulande jüdische Schüler ob ihres Glaubens von Mitschülern belästigt oder gar attackiert werden, wie in den Medien berichtet wurde, muss solchem Antisemitismus auch pädagogisch entgegengewirkt werden.

Gegen Unwissenheit hilft nur Aufklärung, damit daraus humane Bildung und letztlich demokratische Haltung wird. Deshalb hat sich die RpS-Redaktion entschlossen, den Themenschwerpunkt dieser Ausgabe jüdischer Pädagogik und Fragen jüdischer Kultur zu widmen. Auf beiden Gebieten herrscht bei vielen schiere Unkenntnis, dabei sind echte Schätze für unser gesellschaftliches Leben zu heben. Und nicht zuletzt für die pädagogische Entwicklung unserer Schulen.

RED

Vor der Machtergreifung Adolf Hitlers gab es etwa 200 jüdische Schulen im Deutschen Reich. Die Gesamtzahl jüdischer Kinder im schulpflichtigen Alter von 6 bis 14 Jahren betrug 54.786. Die Mehrheit der liberalen Juden, die sich selbst als jüdische Deutsche sahen, schickten ihre Kinder auf öffentliche Schulen. Eltern, die besonderen Wert auf eine Erziehung in einem jüdischen Rahmen legten, schickten ihr Kind auf eine jüdische Schule. Diese waren oft kleinere Dorfschulen mit nicht mehr als 20 Schülern aller Altersklassen, die meist von einem einzigen Lehrer unterrichtet wurden. In größeren Städten gab es verschiedene jüdische Schulen: öffentliche sowie private Volks-, Mittel- und höhere Schulen. Hier standen jüdische Fächer (Thora, Religion und hebräische Sprache) neben den profanen Fächern auf dem Stundenplan.

In der Zeit des Nationalsozialismus

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 veränderte sich die Lage für Juden dramatisch. Mithilfe des „Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen" wird der Besuch einer öffentlichen Schule für jüdische Kinder und Jugendliche erschwert. Es legte fest, dass der Prozentsatz von Juden den der Gesamtbevölkerung in Bildungseinrichtungen nicht übersteigen darf. Während 1933 noch etwa 85 Prozent aller jüdischen Kinder und Jugendlichen öffentliche Schulen besuchten, waren es Anfang 1937 nur noch 38,7 Prozent. Jüdische Kinder wurden an öffentlichen Schulen beschimpft, gedemütigt und ausgegrenzt, was zu einem starken Zulauf an jüdischen Schulen führte, die vorübergehend sogar erweitert werden mussten. Wegen der Emigration aus Deutschland nahm aber gleichzeitig die Zahl der jüdischen Kinder ab.

In der Nacht des Pogroms am 9. November 1938 waren neben Synagogen, Geschäften und Wohnhäusern auch jüdische Schulen Ziele der Attacken. Ab 1. Juli 1939 wurde das jüdische Schulsystem aus dem allgemeinen deutschen Schulwesen entfernt. Die Schulen waren fortan der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland unterstellt. Die Räumlichkeiten hatten die jüdischen Gemeinden selbst zu stellen. Ein regulärer Unterricht war kaum noch möglich. Jüdische Kinder durften keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen und mussten lange Schulwege in Kauf nehmen.

Am 20. Juni 1942 erließ der Reichsminister des Inneren eine geheime Verordnung, wonach alle verbliebenen jüdischen Schulen zum 30. Juni zu schließen seien. Am 7. Juli 1942 meldete ihm die Reichsvereinigung, dass alle geschlossen seien. Dies war nicht nur das Ende jüdischer Schulen, sondern das Ende jüdischen Lebens in Deutschland.

Nach der Schoah

Die Mehrheit der befreiten Überlebenden der Schoah emigrierte nach Palästina (Israel), Nord- und Südamerika und in andere Überseeländer. Zu Beginn der Fünfzigerjahre hatten die jüdischen Gemeinden der Bundesrepublik etwa 15 000 Mitglieder, überwiegend ältere Menschen, meist nicht in Deutschland geboren. Es gab Mitte der Fünfzigerjahre etwa 1.800 schulpflichtige jüdische Kinder, viele wussten wenig oder gar nichts über das Judentum. Die jüdischen Gemeinden bemühten sich zwar, einen Religionsunterricht zu organisieren, doch fehlten dafür die Lehrkräfte. Da der Gedanke an Auswanderung allgegenwärtig war, die Menschen auf gepackten Koffern saßen, betrachteten die meisten ihr Leben in Deutschland nur als eine vorübergehende Phase. Erst die Einrichtung jüdischer Kindergärten in einigen Gemeinden verstärkte den Druck und die Erwartung in den Gemeinden, die jüdische Erziehung mit dem Beginn der Schulpflicht fortzuführen und auszubauen.

Am 18. April 1966 war es so weit: In aller Stille – fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit – nahm die erste jüdische

Grundschule einer Nachkriegsgemeinde in Frankfurt am Main ihre Arbeit auf. Ein Experiment, nicht nur für Schüler und Eltern, sondern auch für das Hessische Kultusministerium, das der Wiederbelebung jüdischer Traditionen grundsätzlich aufgeschlossen gegenüberstand, aber doch befürchtete, dass durch die Hintertür die damals hoch umstrittene Konfessionsschule wieder ins Land geholt werde. So wurde die Frankfurter Isaak-Emil-Lichtigfeld-Schule (benannt nach ihrem Mitinitiator und Gründer) formell als Ausnahmeschule genehmigt, ohne finanzielle Unterstützung des Landes Hessen.

Auch innerhalb der Gemeinde gab es Bedenken. Manche befürchteten, dass die Einrichtung einer jüdischen Schule eine Ghettoisierung der Kinder mit sich bringe. Allen Bedenken zum Trotz nahm die Schule ihren Betrieb mit einer ersten und einer zweiten Klasse auf, mit 30 Kindern, zehn Prozent aller schulpflichtigen Kinder der jüdischen Gemeinde, aber auch mit vier nichtjüdischen. Als Schulgebäude diente der umgebaute Seitenflügel der Westend-Synagoge. Der vom Kultusministerium festgelegte Lehrplan war auch für die Lichtigfeld-Schule verbindlich. Zusätzlich hatten die Kinder die Fächer Hebräisch und Jüdische Religion, insgesamt fünf Stunden pro Woche.

Der offene, liberale Charakter der Schule zeigte sich auch in der Einstellung einer nichtjüdischen Rektorin, Ruth Moritz, die die Schule bis zu ihrer Pensionierung 1992 leitete. Ziel war von Beginn an, jüdische Inhalte in den Unterricht und in das Schulleben einfließen zu lassen und sich dabei nicht nur auf die jüdische Religion zu beschränken. Auf dem Lehrplan standen und stehen die gemeinsame Vorbereitung der jüdischen Feiertage sowie das Erlernen der hebräischen Sprache. Die trotz des Schulgeldes steigenden Anmeldungen von nichtjüdischen Kindern waren Zeichen der kulturellen Offenheit von Frankfurter Bürgern gegenüber dem Judentum.

Was damals als Experiment begann, ist heute ein Teil des deutschen Bildungssystems. Die Einwanderung der Juden aus der ehemaligen Sowjetunion ließ die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden in den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts deutlich wachsen. Auch die Zahl der jüdischen Schulen in Deutschland ist angestiegen. Heute (2018) gibt es 105 jüdische Gemeinden mit vielfältigen Bildungsangeboten. Schulen können sich jedoch nur große Gemeinden wie Berlin, Hamburg, München, Frankfurt, Düsseldorf und Köln leisten, insgesamt gibt es zwölf, die größten in Berlin und Frankfurt am Main.

Das staatlich anerkannte Jüdische Gymnasium Moses Mendelssohn in Berlin zählt etwa 450 jüdische und nichtjüdische Schüler. Mit ihrem Hebräisch-Unterricht und Jüdischer Religionslehre ist die Schule ein Zeichen für gelebtes Judentum in der Berliner Schullandschaft.

Mehr als 300 Kinder lernen in der Heinz-Galinski-Grundschule in Berlin, einer staatlich anerkannten Ganztagsschule unter besonderer Berücksichtigung jüdischer Inhalte und Traditionen. Auch hier werden nichtjüdische Kinder aufgenommen.

Die I.-E.-Lichtigfeld-Schule in Frankfurt mit mehr als 500 Schülerinnen und Schülern ist heute ein moderner Schulkomplex aus Kinderhort, Eingangsstufe, Grundschule und G8-Gymnasium, seit August 2018 mit Oberstufe. Sie ist staatlich anerkannt und verbindet in ihrem Konzept Tradition und Moderne, Hebräisch als lebendige Sprache sowie jüdische Tradition, Religion und Geschichte. Jüdische und nichtjüdische Kinder lernen gemeinsam. Die Nachfrage ist sehr groß, da die Schule über die Stadtgrenzen hinaus einen hervorragenden Ruf genießt.

Die Münchner Sinai-Ganztagsgrundschule hat rund 200 Schüler und eine duale Schulleitung – eine staatliche Rektorin und den Leiter des jüdischen Erziehungswesens der Gemeinde. Auch sie steht nichtjüdischen Schülern offen. Seit September 2016 gibt es auch ein jüdisches Gymnasium in München.

Die Joseph-Carlebach-Grundschule in Hamburg ist eine staatlich genehmigte Ganztagsschule mit angeschlosse-

ner Vorschule. In der dortigen Joseph-Carlebach-Stadtteilschule lernen Schüler von Jahrgangsstufe 5 bis 13.

Die Yitzhak-Rabin-Schule in Düsseldorf ist eine staatlich anerkannte Grundschule mit Ganztagsbetrieb und 170 Schülern. 2016 wurde in der Landeshauptstadt das Albert-Einstein-Gymnasium eröffnet – das erste jüdische Gymnasium in Nordrhein-Westfalen.

Eine kleinere Grundschule existiert in Stuttgart. In Berlin gibt es außerdem die jüdische Traditionsschule Or Avner, Grundschule und Gymnasium mit starker religiöser Bindung und entsprechenden Inhalten. Träger ist eine jüdisch-orthodoxe Organisation – Chabad. Die Lauder Beth-Zion Grundschule Berlin und die Lauder-Morijah-Grundschule in Köln werden von der Lauder-Stiftung finanziert – diese unterstützt jüdische Bildungseinrichtungen in verschiedenen Ländern Europas.

An den Schulen arbeiten sowohl jüdische als auch nichtjüdische Lehrer. Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland organisiert und veranstaltet nationale und internationale Lehrerfortbildungen. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Wissensvermittlung und dem Austausch der Lehrkräfte untereinander.

Alle jüdischen Schulen unterliegen in Deutschland starken Sicherheitsvorkehrungen und werden streng bewacht. Jüdische Eltern entscheiden sich für eine dieser Schulen, weil sie sich für ihr Kind einen jüdischen Rahmen, eine jüdische Erziehung wünschen – oft als Ersatz für die fehlende Jüdischkeit zu Hause. Neben dem verbindlichen Lehrplan in den allgemeinen Fächern stehen Jüdische Religion und Hebräisch als Fremdsprache auf dem Stundenplan; in Deutsch richtet sich das Augenmerk auf jüdische Autoren und Bücher mit jüdischer Thematik. Die jüdische Geschichte und die Bedeutung des Staates Israel fließen in viele Fächer mit ein. Auch für nichtjüdische Schüler ist der gesamte Lehrplan verbindlich. Sehr wichtig für die Identitätsbildung ist das gemeinsame Feiern jüdischer Feiertage, zum Beispiel die Schabbat-Feier an jedem Freitag. Viele Schulen sind Ganztagsschulen mit koscheren Mahlzeiten.

Jüdische Schulen in Deutschland genießen einen sehr guten Ruf, da sie über kleine Klassen, moderne Lehrmittel und zusätzliche Lernangebote verfügen. Es fällt nur wenig Unterricht aus. Sie stehen in Konkurrenz zu anderen Privatschulen verschiedener Trägerschaft. Die sich in jüngster Zeit häufenden antisemitischen Vorfälle an staatlichen Schulen bestärken viele Eltern in ihrer Entscheidung, ihre Kinder in einem gesicherten jüdischen Rahmen beschulen zu lassen.

Toleranz und soziales Engagement gehören zu den Vermittlungszielen jüdischer Schulen. Interkulturelle und interreligiöse Projekte mit anderen Schulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Demokratieerziehung und Begegnung mit kultureller Vielfalt.

Diese Aufgaben werden in Zukunft noch wichtiger werden.

Manfred Levy
Pädagogisches Zentrum des Jüdischen Museums
Frankfurt/M. und des Fritz-Bauer-Instituts

Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz

Im August 2018 hat das Mainzer Wissenschaftsministerium eine große parlamentarische Anfrage beantwortet zum Thema „Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz“ (Drucksache 17/7112 vom 23. August 2018; als Download unter https://www.landtag.rlp.de/Dokumente/Drucksachen-nach-Nummern/). Darin wird ausführlich über zahlreiche Aspekte jüdischen Lebens in Rheinland-Pfalz informiert.

Nach Angaben des Wissenschaftsministeriums können im Jahr 2018 insgesamt 3.111 Mitbürgerinnen und Mitbürgern jüdischen Gemeinden zugeordnet werden. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Rheinland-Pfalz weitere Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens leben.

Dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz (mit Sitz in Mainz) gehören Kultusgemeinden in Bad Kreuznach, Koblenz, Mainz, der Rheinpfalz und Trier an. Die jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz mit Sitz in Speyer unterhält auch jüdische Gemeindehäuser in Kaiserslautern und Ludwigshafen. In Neuwied hat sich eine liberale jüdische Gemeinde gegründet, die nicht dem Landesverband angehört.

In Rheinland-Pfalz gibt es keine explizit jüdischen Kindertagesstätten oder Schulen bzw. vergleichbare Einrichtungen, die von jüdischen Gemeinden unterhalten werden. Aber es wird jüdischer Religionsunterricht angeboten.
In Artikel 5 des Vertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz ist festgelegt, dass jüdischer Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist. Er kann in Räumen abgehalten werden, die vom Jüdischen Landesverband oder den jüdischen Kultusgemeinden zur Verfügung gestellt werden.

Zurzeit wird ausschließlich von der letztgenannten Möglichkeit Gebrauch gemacht, und zwar schulart- und jahrgangsübergreifend. Die Lehrkräfte werden von den jüdischen Kultusgemeinden gestellt. Die am jüdischen Religionsunterricht teilnehmenden Schülerinnen und Schüler können nach § 40 Abs. 4 Satz 2 Übergreifende Schulordnung (ÜSchO) bzw. der entsprechenden Vorschrift der Grundschulordnung vom Besuch des Ethikunterrichts befreit werden.

RED

Gemeinsame Erklärung der KMK mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland

In weiten Teilen der Gesellschaft ist über jüdisches Leben wenig bekannt, obgleich das Judentum die deutsche und europäische Kultur und Geschichte mitgeprägt hat. Selbst in Schulbüchern und anderen Bildungsmedien wird nur auf einzelne Elemente oder wenige historische Epochen verwiesen.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Kultusministerkonferenz (KMK) setzen sich deshalb in einer gemeinsamen Erklärung vom 8. Dezember 2016 dafür ein, die Vielfältigkeit des Judentums im schulischen Alltag sichtbar zu machen. Eine vermehrte Einbindung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in verschiedene Fächer und Jahrgangsstufen soll dazu beitragen, Schülerinnen und Schülern ein lebendiges und differenziertes Bild des jüdischen Lebens zu vermitteln.

In der gemeinsamen Erklärung heißt es: „Wer lernt, sich in die Perspektive eines anderen Menschen und seine kulturelle und religiöse Orientierung zu versetzen, lernt auch Respekt und Wertschätzung. Hier begegnen sich der Auftrag der Schulen zu einer umfassenden und zukunftsfähigen Bildung und ihr Auftrag zu einer Erziehung im Geiste von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Frieden. Eine besondere Verantwortung tragen Fächer und Projekte der historisch-politischen Bildung. Dabei gehören die Analysen aktueller politischer Entwicklungen und vergangener Ereignisse und Prozesse untrennbar zusammen.“

Die Erklärung ist auf der Website der KMK (www.kmk.org) im Pressearchiv zu finden.

KMK/RED

Infos und Materialien

Die KMK und der Zentralrat der Juden in Deutschland haben zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer eine kommentierte Materialsammlung zur Vermittlung des Judentums in der Schule bei einer gemeinsamen Fachtagung im April 2018 vorgestellt. Sie ist abrufbar unter www.kmk-zentralratderjuden.de.

Weitere Informationen zu jüdischen pädagogischen Einrichtungen in Deutschland (Schulen, Kindergärten) finden sich auch auf der Website des Zentralrats unter https://www.zentralratderjuden.de/vor-ort/juedische-einrichtungen/. Auf dieser Website findet sich unter „Service“ auch ein Lehrerforum mit einer Fülle von Materialien und Hinweisen.

Auch das Pädagogische Zentrum Frankfurt bietet zahlreiche Informationen an. Es verbindet die Themenfelder deutsch-jüdische Geschichte im europäischen Kontext und jüdische Gegenwart mit der Geschichte und Nachgeschichte des Holocaust. Dazu werden Fortbildungen, Workshops und Studientage sowie Unterrichtsmaterialien und Beratung angeboten. Mehr unter www.pz-ffm.de

RED

Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz nach Religionszugehörigkeit und Teilnahme am Religionsunterricht (RU) im Schuljahr 2017/2018

Religionszugehörigkeit	Teilnahme kath. RU		Teilnahme ev. RU		Teilnahme sonst. RU		Teilnahme Ethikunterr.		Keine Teilnahme RU/Ethiku.		Teilnahme islam. RU		Summe	
	Gesamt	in %	Gesamt	in %	Gesamt	in %	Gesamt	in %	Gesamt	in %	Gesamt	in %	Gesamt	in %
röm.-katholisch	151.578	90,9	1.749	1,3	497	13,2	7.414	7,7	150	2,9	1	0,1	161.389	39,2
evangelisch	2.702	1,6	112.701	82,2	437	11,6	6.405	6,6	203	4,0	4	0,2	122.452	29,8
jüdisch	13	0,0	19	0,0	20	0,5	108	0,1	6	0,1		0,0	166	0,0
islamisch	945	0,6	789	0,6	159	4,2	34.993	36,1	2.840	55,7	1.728	96,5	41.454	10,1
sonst. Rel.-Gemeinschaft	3.372	2,0	3.931	2,9	1.467	39,1	10.794	11,1	481	9,4	23	1,3	20.068	4,9
Keine	8.234	4,9	17.843	13,0	1.175	31,3	37.132	38,3	1.418	27,8	34	1,9	65.836	16,0
Gesamt	166.844	100,0	137.032	100,0	3.755	100,0	96.846	100,0	5.098	100,0	1.790	100,0	411.365	100,0

Quelle: Ministerium für Bildung

Jüdisches Leben hat einen festen Platz in unserer Gesellschaft

Als erstes Bundesland richtete Rheinland-Pfalz per Kabinettsbeschluss vom 19. Dezember 2017 das Amt des Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen ein. Im Mai 2018 hat Dieter Burgard auf Vorschlag der Ministerpräsidentin Malu Dreyer diese Aufgabe übernommen. Er engagiert sich in dieser Tätigkeit ehrenamtlich – und aus Überzeugung – dafür, dass jüdisches Leben einen Platz in unserer Gesellschaft hat – ohne Antisemitismus, überholte Stereotype oder Stigmatisierung. Die RpS-Redaktion sprach mit Dieter Burgard über seine alltäglichen Aufgaben, Antisemitismus in der Schule und darüber, was er mit seinem Amt erreichen möchte.

RED

Sie sind seit Kurzem der erste Antisemitismus-Beauftragte in Rheinland-Pfalz. Was war der Anlass für die Einrichtung dieses Amtes?

Im Herbst 2017 lag ein Bericht einer Expertenkommission der Bundesregierung zum Thema Antisemitismus vor, die das, was an Übergriffen, Diffamierungen gegen Bürger jüdischen Glaubens durch die Medien öffentlich wurde, bestätigte. Die Zahl der Straftaten hatte ein hohes Niveau. Die Forderung des Zentralrates der Juden und vieler Parteien war die Installation von Antisemitismusbeauftragten in den Ländern. Mitte Dezember gab es vermehrt Vorfälle, sodass Ministerpräsidentin Malu Dreyer mich anfragte, ein solches Amt nach Ablauf meiner Amtszeit als Bürger- und Polizeibeauftragter wahrzunehmen.

Durch den zunehmenden politischen Rechtspopulismus werden antisemitische Tendenzen in unserer Gesellschaft – wieder – gefördert, so heißt es. Stimmt das?

Antisemitismus gibt es seit Jahrhunderten in Europa und schrecklicher Höhepunkt war sicherlich die Schoah in der NS-Zeit. Es gab auch immer wieder die Leugnung vom Holocaust oder israelbezogenen Antisemitismus, was auch abhängig war von den militärischen Konflikten mit den Palästinensern. Neu ist die Hetze in den sogenannten sozialen Netzwerken oder auch in Fußballstadien – ebenso, dass das Wort „Jude“ immer wieder als Schimpfwort ungehemmt benutzt wird oder Anfeindungen außer von Rechts- oder Linksextremisten von Menschen muslimischen Glaubens zunahmen. Die Straftaten haben bundesweit einen hohen Stand von 1453 Delikten im Jahr 2017. Rheinland-Pfalz hatte im selben Jahr mit 22 Straftaten die wenigsten Straftaten bundesweit, doch auch hier ist eine Dunkelziffer zu beachten.

Dieter Burgard, Beauftragter der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Fragen des Antisemitismus

Gibt es Antisemitismus auch an den Schulen? Wie äußert sich dieser?

Es fängt mit Beschimpfungen wie „Du Jude“ an, was fast jedem Schüler bekannt ist, ja teils sogar als „chic“ gilt. Rechtsradikale Musik mit antisemitischen Inhalten (bspw.

„Das, was in Deutschland jüdische Kultur ausmacht, kommt im Unterricht kaum vor."

von Echopreisträger Kollegah) wird über CDs und das Internet ungehemmt verbreitet. Das geht weiter über Mobbing von Schülern jüdischen Glaubens bzw. aus Israel kommend. Lehrer melden auch, dass der Hitlergruß gezeigt und auch die Vernichtung der Juden verniedlicht, relativiert wird.

Die Nachfrage der Schulen, Lehrerinnen und Lehrer nach Fortbildungen und konkreten Problemlösungen ist groß. Mit der Bildungsministerin Stefanie Hubig habe ich zu diesen Themen auch bereits Gespräche geführt.

Es heißt, ein besonderes Problem sei das antisemitische Verhalten muslimischer Schülerinnen bzw. Schüler. Gibt es dafür Anhaltspunkte?

Bei den Straftaten, die polizeilich gemeldet sind, macht dieser Hintergrund keine 10 % aus. Hier dürfen wir auch nicht eine Großstadt wie Berlin mit regem jüdischem Leben mit Rheinland-Pfalz gleichsetzen, wo etwa 20.000 Bürger jüdischen Glaubens leben (etwa 3.500 davon sind in jüdischen Gemeinden gemeldet). Von rund 1.200 Schülerinnen und Schülern, mit denen ich in Schulen nun Kontakt hatte, kannte nur eine Schülerin einen Bürger jüdischen Glaubens. Das betrifft auch muslimische Schüler, die teils in arabischen Ländern sozialisiert wurden, wo der Staat Israel infrage gestellt, ja als nicht existent gesehen wurde. Dass da ein Teil des Antisemitismus zu sehen ist, kann man nicht leugnen, es sollte aber nicht davon ablenken, dass rechtsradikale Deutsche nichtmuslimischer Herkunft den Hauptteil des Problems ausmachen.

Der Islam, der auch seine Wurzeln teils im Judentum hat, sieht nicht die jüdische Religion kritisch, sondern die Existenz und Politik Israels. Ich bin schockiert, dass sich der Antisemitismus nicht nur über Religionen, sondern auch über Generationen zieht, sodass er eigentlich immer latent vorherrscht.

Wie wollen Sie gegen Antisemitismus in der Gesellschaft, aber auch an den Schulen konkret vorgehen?

Bei einer Sitzung der Kultusministerkonferenz in Berlin war ich Teilnehmer und erkannte, dass die jüdische Religion bzw. das Judentum nur in Verbindung mit dem Holocaust als „Opfer" oder „Täter" im Nahostkonflikt in Büchern und in den Lehrplänen existiert. Das, was die Religion ausmacht und was Deutschland an jüdischer Tradition hat, kommt im Unterricht kaum vor bzw. ist von der einzelnen Lehrkraft abhängig.

Meine Hauptaufgabe sehe ich hier in Begegnungen mit Menschen jüdischen Glaubens, Sicherheit für sie herzustellen und das Bewusstsein für jüdisches Leben in den Schulen zu erhöhen und zu sensibilisieren. Bei Ausbildung und Fortbildungsveranstaltungen für Studierende und Lehrkräfte gilt es, einen deutlichen Akzent zu setzen – herrscht doch vor allem an Schulen Hilflosigkeit bei antisemitischen Problemlagen.

Gemeinsam mit dem Geschichtslehrerverband sind Fortbildungen geplant. Besuche von jüdischen Lernorten wie Synagogen, Friedhöfen und auch Gedenkstätten sind ebenso wertvoll und zu fördern wie das Entdecken des jüdischen Leben in der Region, was ja heute auch bei Stolpersteinprojekten vorbildlich geschieht. „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage" fragen verstärkt nach Unterstützung bei Projekttagen, und auch Gedenktage wie der 9. November oder 27. Januar können Anlass sein, sich mit Judentum insgesamt zu beschäftigen. Und da helfe ich auch gerne mit.

Für das Gespräch bedanken sich Elisa Engert und Hjalmar Brandt.

Sich erinnern – dafür muss Zeit sein

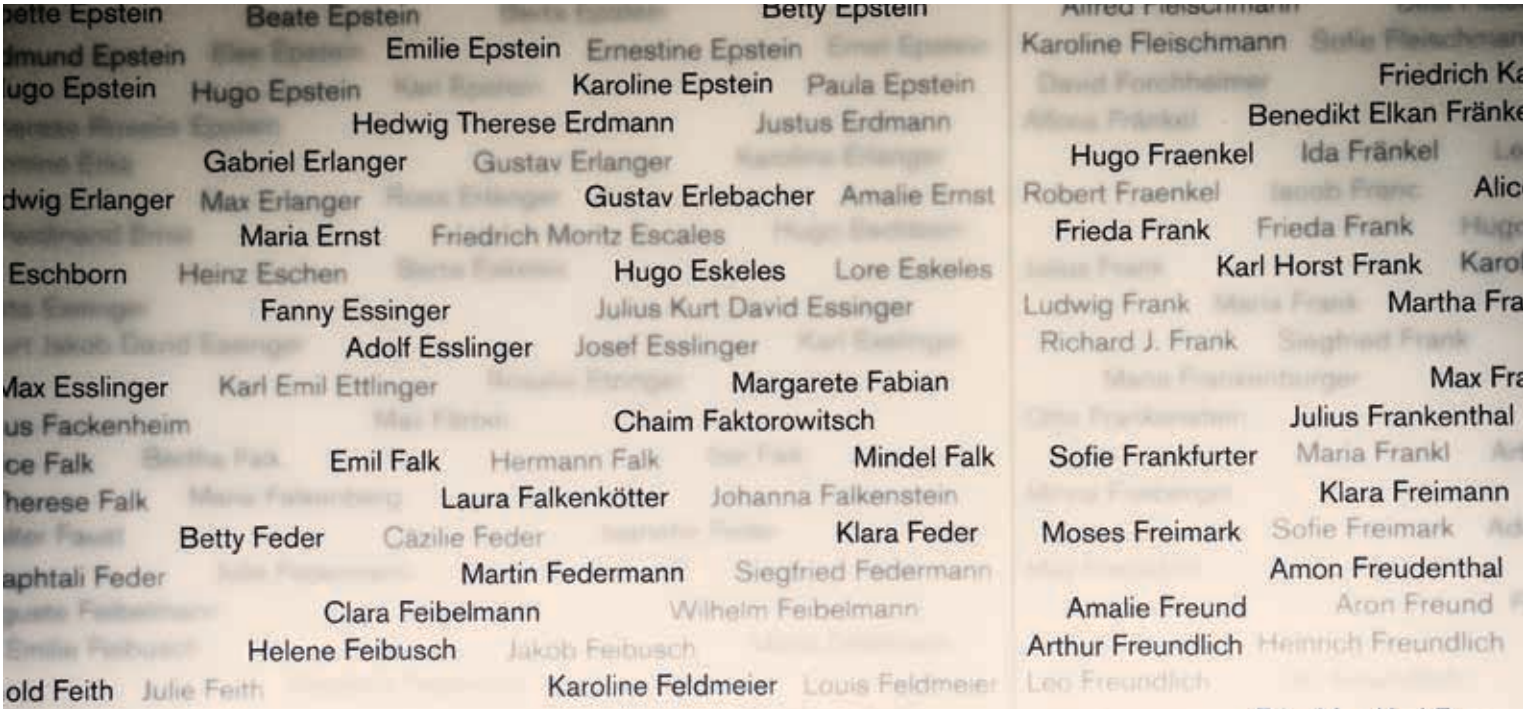
169 Mal heißt es in der hebräischen Bibel: Sachor! 169 Mal wird damit dazu aufgefordert, sich zu erinnern. Denn genau das heißt „Sachor!“: Erinnere dich! Mit diesem Gebot wird Israel in der Bibel ermahnt, sich seines Gottes zu erinnern, seiner Freunde und seiner Feinde. Sachor ist das Prinzip, die eigene Existenz durch Erinnerung zu sichern. Dieses Prinzip hat auch nach 2.000 Jahren nichts von seiner Relevanz verloren, und das nicht nur für die jüdische Gemeinschaft, sondern auch über sie hinaus. „Zukunft braucht Herkunft“, so hat der Gießener Philosoph Odo Marquard das einmal genannt: Denn nur wer sich erinnert, kann die Zukunft erfolgreich gestalten.

Gerade im Augenblick erleben wir alle aber hierzulande massive Angriffe von rechts auf unsere Erinnerungskultur – und dabei handelt es sich nicht nur um geringe Akzentverschiebungen, sondern um gesteuerte Angriffe auf demokratische Grundüberzeugungen in diesem Land. Diese Kräfte fordern, dass wir als Gesellschaft *anders* erinnern und auch *anderes*. Und natürlich zielen dieser Rufe nach einer anderen – auch schulischen – Erinnerungskultur vor allem auf den Umgang mit dem Holocaust ab – der Schoah, dem größten Menschheitsverbrechen.

Adäquate Ausbildung bereits während des Studiums

Nicht zuletzt um diese Attacken von rechts abzuwehren, hat sich eine Debatte darum entwickelt, ob schulische Gedenkstättenseminare verpflichtend sein sollten, damit auch in Zukunft die Verbrechen des NS-Regimes ausreichend erinnert werden. So notwendig und sinnvoll diese Diskussion auch erscheinen mag, so falsch ist sie bei den implizit behaupteten Voraussetzungen: Lehrerinnen und Lehrer sind nicht schon qua Amt und Studium dafür geeignet, sinnvolle und vor allem nachhaltige Gedenkstättenseminare für Schülerinnen und Schüler zu gestalten. Dafür müssen auch sie selbst ausgebildet werden. Und genau an dieser Stelle hapert es: Zwar gibt es vielfältige Angebote zur Lehrerfortbildung durch die Gedenkstätten oder das Fritz Bauer Institut, doch nicht zuletzt verhindert das immer enger werdende zeitliche Korsett des schulischen Alltags, dass diese Fortbildungen von ausreichend Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen werden können.

Ein radikales Umdenken scheint deshalb gerade jetzt angebracht: Angebote, sich zu Gedenkstättenteamerinnen und -teamern (also zu Pädagogen, die Gedenkstättenfahrten leiten können und sich intensiv mit Gedenkstättenpädagogik beschäftigt haben) schulen zu lassen, müssen ihren Platz bereits in der universitären Ausbildung haben. Solche etablierten Angebote an den Universitäten würden auch der Tatsache Rechnung tragen, dass die neue Generation zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer nicht nur mit dem Wegfall der Zeitzeugengeneration vor gewaltigen Herausforderungen steht. Dazu gehört auch,



dass die Kolleginnen und Kollegen von morgen auch mit immer heterogeneren Lerngruppen konfrontiert sein werden, denen zunehmend Schülerinnen und Schüler angehören, zu deren Familiengedächtnis der Holocaust nicht gehört, weil sie etwa ursprünglich aus Ländern kommen, die von diesen Ereignissen nicht betroffen waren.

Das simple Problem, das sich augenblicklich stellt, ist aber, dass es für Gedenkstättenseminare für Lehramtsstudierende kaum Fördermöglichkeiten gibt. Es ist überaus mühsam, die notwendigen Mittel für die notwendigen Exkursionen zusammenzubekommen – ich spreche da leider aus fast zwanzigjähriger Erfahrung.

Hier könnte die Politik sehr leicht für Abhilfe sorgen und entsprechende Etats etwa über die Landeszentralen für politische Bildung zur Verfügung stellen, die auch den tatsächlichen Bedürfnissen angepasst sind. Um nicht missverstanden zu werden: Die Landeszentralen tun bundesweit viel dafür, Schülerfahrten in die Gedenkstätten zu fördern, und das ist hervorragend. Aber es gibt insgesamt viel zu wenige Mittel im System, die Ausbildung derer zu unterstützen, die später solche Fahrten leiten sollen. Das erscheint nicht nur mir paradox. Selbstverständlich gehört zu den Voraussetzungen für eine universitäre Ausbildung zu Gedenkstättenteamerinnen und -teamern auch, dass entsprechende Konzepte immer weiterentwickelt werden: Auch hier wäre die Politik gut beraten, den Gedenkstätten, deren Budgets zu Recht erhöht wurden, und den Universitäten leicht zugängliche Mittel anzubieten, um gemeinsam intensiv an diesen Ausbildungsstrategien zu arbeiten. Noch sind solche Kooperationen auf die Initiative Einzelner angewiesen – zu selten kommen Vertreter beider Institutionen zusammen, um diese gesellschaftlich enorm wichtige Aufgabe zu übernehmen. Hier ist neben der Landespolitik auch der Bund massiv gefordert.

Exkursion von Studierenden der Universität Gießen nach Auschwitz – in der Bildmitte: Zeitzeuge Wacław Długoborski, polnischer Historiker und ehemaliger Auschwitzhäftling, links: Sascha Feuchert

Die wichtigste Ressource ist Zeit

Neben der adäquaten und rechtzeitigen Ausbildung der späteren Multiplikatoren ist eine zweite Bedingung für das Gelingen von Gedenkstättenfahrten in schulischen Zusammenhängen ganz einfach: Zeit. Ich höre dagegen leider oft von Kolleginnen und Kollegen aus der Schule, dass sie die Zeit, solche Fahrten ordentlich durchzuführen, sie vor- und auch nachzubereiten, eben nicht hätten, weil der Schulalltag das heute kaum noch zulasse.

Hier müssen dringend andere Rahmenbedingungen her, die es ermöglichen, solche Fahrten auch zeitintensiv durchführen zu können – ich weiß, dass das eine deutlich komplexere Forderung an die Bildungspolitik, aber auch an Schulleiter und Lehrkräfte ist. Es darf aber meines Erachtens einfach nicht sein, dass Fahrten in die Gedenkstätte Auschwitz heute aufgrund des beschriebenen Zeitmangels und auch der immensen Kosten für Schulen kaum noch möglich sind. Gerade dort, in dieser Gedenkstätte, an diesem außerschulischen Lernort, kann man aber so viel lernen wie fast nirgendwo sonst.

Von einer Verpflichtung, solche Gedenkstättenbesuche für Schülerinnen und Schüler verpflichtend zu machen, halte ich allerdings nichts. Denn ich bin der Überzeugung, dass Zwang immer auch Abwehr erzeugt. Zu einer demokratischen Erinnerungskultur gehört es für mich, dass sie freiwillig ist, deshalb muss gewährleistet sein, dass sich auch Schüler für Gedenkstättenfahrten frei entscheiden können, und zwar dann, wenn sie sich auch selbst dafür bereit fühlen. Schaffen wir die nötigen Freiräume dafür und halten wir die entsprechenden Angebote im schulischen und außerschulischen Bereich vor, bin ich sicher: Diese Angebote werden angenommen werden. Wer dagegen verpflichtende Gedenkstättenbesuche fordert, will meines Erachtens Pädagogik mit dem Holzhammer – und stellt sich unbeabsichtigt in die Tradition etwa der DDR-Pädagogik. Dort waren nämlich Besuche in Buchenwald verpflichtend.

Wenn wir uns also jetzt fragen, wie wir dem aufkeimenden Antisemitismus und der zeitgleich erhobenen Forderung nach einem Ende der etablierten Erinnerungskultur erfolgreich begegnen können, dann könnte eine Antwort sein: Lassen wir diese prinzipiell aufgeschlossene Generation der heutigen Studierenden, die in Kürze dafür mitverantwortlich sein wird, wie etwa in Schulen mit der Geschichte umgegangen wird, nicht im Regen stehen. Wir müssen ihnen adäquate Aus- und Fortbildungen bieten und vor allem eines in großem Maße einräumen: Zeit – Zeit für (Aus-)Bildung und Erinnerung.

Prof. Dr. Sascha Feuchert,
Arbeitsstelle Holocaustliteratur, Universität Gießen
Sascha.feuchert@germanistik.uni-giessen.de

Junger VBE

AUSBILDUNG – ODER FÄLLT DIE BILDUNG AUS?

„Gib einem Mann einen Fisch und du ernährst ihn für einen Tag. Lehre einen Mann zu fischen und du ernährst ihn für sein Leben.“ Diese weisen Worte sprach Konfuzius bereits etwa 500 v. Chr. Als ich 2017 mein Studium für das Grundschullehramt in Landau beendete, hatte ich eher das Gefühl, man hat mir eine IKEA-Bauanleitung für eine Kinderangel in die Hand gedrückt und die einzelnen Bauteile darf ich mir im Lager noch selbst zusammensuchen. Vorbereitung für den Berufsalltag sollte anders aussehen.

Von meinen 24 Modulen, die ich während meines gesamten Studiums absolviert habe, habe ich seitdem in genau 6 Modulen noch mal etwas nachgeschlagen. Das sind ebenjene Module gewesen, die sich wirklich mit dem konkreten Unterrichtsgeschehen in der Grundschule beschäftigten. Leider waren das nur wenige.

Der Grundgedanke des Lehramtsstudiums besteht darin, dass man sich zunächst den fachwissenschaftlichen Hintergrund erarbeitet und durch die aufbauenden schulartspezifischen pädagogischen Module lernt, diesen adäquat zu vermitteln. Dass der fachwissenschaftliche Hintergrund das Niveau der angestrebten Schulart dabei übersteigen kann, ist absolut logisch und nachvollziehbar. Unlogisch wird es an der Stelle, wenn überhaupt kein inhaltlicher Bezug zur späteren Tätigkeit mehr besteht, und das war häufig der Fall.

Tschüss, Uni – hallo, Praxisschock!

Lehrer zu sein heißt, einen der sozialsten Berufe auszuüben, den unsere Gesellschaft zu bieten hat. Es bestehen soziale Beziehungen zu den Schülern und deren Eltern, zwischen den Schülern untereinander, zu den Kollegen und dem außerschulischen Personal, Praktikanten, Referendaren und vielen mehr. Und jeder Lehrer weiß, wie hoch das Konfliktpotenzial in jeder dieser einzelnen Beziehungsstrukturen sein kann. Daher sollte man eine hohe soziale Kompetenz und ein gewisses Maß an Selbstbewusstsein und Fingerspitzengefühl in den unterschiedlichsten Situationen aufweisen, um diese bestmöglich meistern zu können.

Logischerweise beinhaltet das Lehramtsstudium demnach vielfältige psychologische und sozialpädagogische Komponenten, in denen man sich praktisch mit solchen Themen auseinandersetzt: Wie baue ich eine gute soziale Struktur in meiner Klasse auf? Wie verhalte ich mich bei Konflikten im Kollegium oder zur Schulleitung? Solche oder ähnliche Szenarien wurden – wenn überhaupt – nur leicht umrissen, geschweige denn praktisch umgesetzt. Ohne entsprechende Angebote gestaltet es sich für uns als angehende Lehrer jedoch viel schwieriger, soziale Kompetenzen auszubauen und sich entsprechend weiterzubilden.

Das Lehramtsstudium ist sehr theoretisch ausgerichtet, sodass man kaum eine Vorstellung vom späteren Berufsalltag erhält. 12 Wochen Praktika bei einer Regelstudienzeit von 4–5 Jahren ändern daran auch nichts. Ich habe in einem Jahr Referendariat jedenfalls wesentlich mehr gelernt als im gesamten vorangegangenen Studium und fühle mich nun bestärkt für meinen weiteren Lebensweg. Die unterschiedlichsten fachwissenschaftlichen Hintergründe und pädagogischen Konzepte werden in Kleingruppen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, diskutiert und können optimalerweise direkt in der Praxis erprobt werden. Die Theorie ist eng verzahnt mit der Praxis.

Warum bietet man als logische Konsequenz daraus das Lehramtsstudium nicht als duales Studium an? Die Studierenden werden, wie im Referendariat auch, an die Schulen verteilt und lernen von Beginn an durch praktische Erfahrungen. Der theoretische Unterricht findet an den regionalen Universitäten, Hochschulen oder Studienseminaren statt. Man kann sich in einzelnen Fachgruppen mit seinen Mitstudenten austauschen und sich Anregungen für den eigenen Unterricht holen. So ist man während des Studiums motiviert und kognitiv aktiviert, was ich in so mancher Vorlesung, eingepfercht mit 200 weiteren Studenten und einem Professor, der nur seine Folien vorgelesen hat, nicht von mir behaupten konnte.

Neulich las ich einen Satz, der aus meiner Sicht das Lehramtsstudium in knapper Form zusammenfasst: „Man lernt in reinem Frontalunterricht, wie schlecht Frontalunterricht ist, und lernt dann auswendig, wie schlecht Auswendiglernen ist.“ In diesem Sinn ist mein Appell an die Bildungspolitik: Lasst eure Studierenden ans Meer fahren und das Fischen lernen!

Ann-Christin Wirth
Junger VBE

Kultur und Bildung im Norden

anderes lernen | HAUS FELSENKELLER

Im Norden von Rheinland-Pfalz besteht seit über 30 Jahren eine echte Institution für die Bereiche Bildung und Kultur: Das Soziokulturelle Zentrum Haus Felsenkeller e. V. Im eigenen Tagungshaus werden jährlich vielfältige und zahlreiche Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen angeboten.

Der Verein möchte mit seinen Angeboten und Aktivitäten in den Bereichen des Vereins Menschen aller Altersgruppen, sozialer Schichten und kultureller Hintergründe unterstützen, ihre Talente und Fähigkeiten in lebendigen Lern- und Erfahrungsprozessen zu entwickeln und so die Entfaltung der eigenen Selbstbestimmung zu fördern. Das gemeinsame Lernen und Erleben sowie die Mitgestaltung bei den Lern- und Erfahrungsprozessen fußen auf den Kompetenzen und Fähigkeiten der Teilnehmenden. Im Bildungsbereich werden Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie für Lehrerinnen und Lehrer angeboten – im Programm finden sich viele Kurse wieder, die vom Europäischen Sozialfonds gefördert werden. So zum Beispiel die praktische Grundbildung zu Festigung und Aufbau von Fähigkeiten im Lesen und Schreiben.

Das Haus Felsenkeller e. V. ist somit ein beliebter Ort für Ihre Veranstaltungen oder auch für Ihre Fortbildung. Die starke Vernetzung verschiedener Institutionen der Region macht interessante Inhalte möglich. So wird z. B. mit der Jugendkunstschule, dem Programmkino Wied Scala, dem Regionalladen Unikum oder auch dem Kultur-/Jugendkulturbüro zusammengearbeitet.

In Kooperation mit dem Kreismedienzentrum Altenkirchen findet im November eine Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sowie für Grundschullehrerinnen und -lehrer mit dem Thema „Wir sind die Medienprofis von HEUTE – Medienbildung mit Unterstützung von digitalen Medien“ statt. An zwei Terminen (14. und 21. November 2018) werden Möglichkeiten und Chancen der Medienarbeit in Kita und Grundschule vorgestellt, ebenso wie Projektideen, die im Anschluss an die Fortbildung unkompliziert umgesetzt werden können.
Mehr dazu unter http://ogy.de/4tgu

Wenn Sie interessiert sind, eine Tagung durchzuführen oder an einer der zahlreichen Fortbildungen teilzunehmen, kontaktieren Sie das Team des Hauses Felsenkeller:

www.haus-felsenkeller.de
loeb@haus-felsenkeller.de
02681/803598 und 986412

ele

Täglich Sternenmomente bei den climb-Lernferien

Wer denkt, Schülerinnen und Schüler seien in ihren Ferien nur faul und möchten in ihrer freien Zeit nichts mit Schule am Hut haben, der irrt – und sollte seinen Blick auf die climb-Lernferien richten: climb unterstützt armutsgefährderte Kinder und ermöglicht ihnen spannende Ferien, in denen sie über sich hinauswachsen können.

Auch wenn auf dem Plan ein Ausflug in den Kletterpark zu finden ist, steht climb für mehr als nur „klettern“ im Englischen: „Clever lernen, immer motiviert bleiben – schlaue Ferien für eine mutige Gesellschaft“ ist das Motto des präventiven Bildungsprogramms für Kinder und Jugendliche. An den inzwischen drei Standorten Hamburg, Dortmund und Mainz finden regelmäßige Lernferien an Grundschulen statt, die auch für Studierende, Lehramtsanwärterinnen und -anwärter sowie für Lehrerinnen und Lehrer interessant sind: Denn sie können auf ehrenamtlicher Basis einen „anderen“ Schulalltag kennenlernen, benachteiligte Kinder beim Lernen unterstützen und sich selbst weiterbilden. climb bietet in Vorbereitung auf die Lernferien zahlreiche Workshops an, so z. B. zu Themen wie Arbeitsbelastung, Diagnostik oder Work-Life-Balance.

Beim Schnuppertag an der Ludwig-Schwamb-Schule erhielt der VBE Rheinland-Pfalz einen Einblick in den Tag der climb-Lehrkräfte und natürlich auch in den der Kinder. Der Vormittag beginnt für die Schülerinnen und Schüler mit einem gemeinsamen Frühstück und sieht zwei Lernzeiten in den Fächern Deutsch und Mathematik vor. Nach dem Mittagessen geht es mit Projekten weiter – auch zwei Ganztagsausflüge werden organisiert. In den Herbstferien ging es für die Kinder ins Stadion von Mainz 05 und in den Kletterwald. Dort erleben die Kinder ihre ganz persönlichen Sternstunden, die von den Lehrerinnen und Lehrern am Ende des Tages reflektiert werden. Denn in den climb-Lernferien geht es darum, dass die Kinder ihre Stärken entdecken und ausbauen.

climb-Sternenmoment

Als Lamak sich im hohen Parcours nicht weitertraut, hilft Claudio ihm wieder runter und kümmert sich um ihn. Lamak weiß das richtig zu schätzen „Als ich ganz doll Angst hatte oben, hat Claudio mir geholfen und Mut gemacht. Das war richtig cool von ihm. Jetzt geh ich im Kinderparcours weiterklettern!“

Wer Interesse hat, das climb-Team zu unterstützen, in die Arbeit der Grundschule hineinzuschnuppern (bspw. für wechselinteressierte Lehrkräfte anderer Schulformen) oder sich schon für die Lernferien im Sommer 2019 anmelden möchte, kann sich an die Lokalkoordinatorin von climb in Mainz wenden:

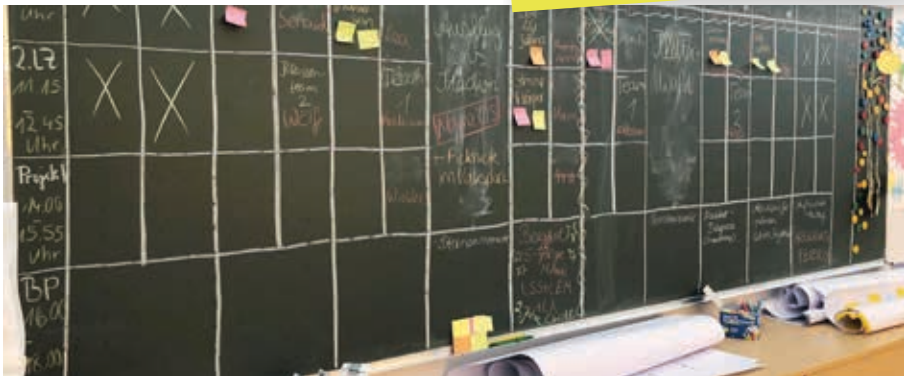
Kontakt:
Anna Dremel
dremel@climb-lernferien.de
www.climb-lernferien.de

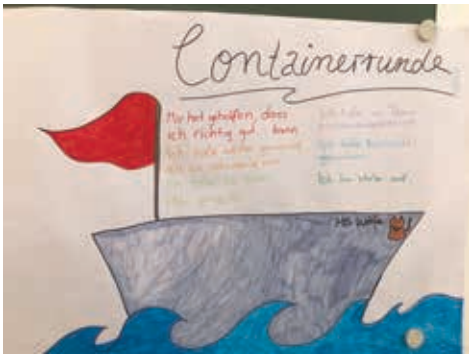
Termine für Mainz in den Sommerferien 2019

- Vorbereitung 18.–21.07. und 27.–28.07.
- Lernferien 29.7.–09.08. (Wochenende frei)
- Reflexion 10.08.

ele

- ✔ climb organisiert Lernferien für armutsgefährdete Kinder in Grundschulen
- ✔ je Standort lernen 45 Kinder und 9 Lehrkräfte miteinander und voneinander
- ✔ jetzt für die Sommerferien 2019 anmelden und climb-Lehrerin/-Lehrer werden





Kleiner Leitfaden für neu gewählte Personalratsmitglieder

„Aller Anfang ist (nicht) schwer!“ (Teil 15)

Nach den Personalratswahlen gibt es – vor allem für neu gewählte Personalräte – viele Fragen. Hier werden in loser Reihenfolge wichtige Begriffe aus dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG) erläutert.

Formen/Durchführung der Mitbestimmung und Mitwirkung, grundsätzliches Verfahren bei einer Personalmaßnahme: Die meisten Personalmaßnahmen (z. B. eine Versetzung) werden an den Schulen wirksam, die Entscheidung dazu fällt aber bei der übergeordneten Dienststelle (hier: ADD); deshalb ist der BPR in der Mitbestimmung.

Bevor ein rechtsgültiger Beschluss der Stufenvertretung (BPR) gefasst werden kann, muss der betroffene Örtliche Personalrat (ÖPR) oder müssen die betroffenen Örtlichen Personalräte gehört werden.

§ 53 (1): In Angelegenheiten, in denen die Leitung einer übergeordneten Dienststelle (ADD), bei der eine Stufenvertretung besteht (BPR), entscheidet, ist anstelle des Personalrats (ÖPR) die Stufenvertretung (BPR) zu beteiligen.

§ 53 (7): Ist nach Absatz 1 eine Stufenvertretung zuständig, hat sie vor einem Beschluss in Angelegenheiten, die einzelne Beschäftigte oder Dienststellen betreffen, dem Personalrat oder den Personalräten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ... Entscheidet sich die Stufenvertretung entgegen dem Votum des Personalrats oder der Personalräte, hat sie diesen oder diese zu unterrichten und ihre Entscheidung umfassend zu begründen.

Äußert sich der ÖPR nicht in der angegebenen Frist oder erst verspätet, **entscheidet** die Stufenvertretung ohne das Vorliegen der Stellungnahme des ÖPR.

Fristen: Nach der schriftlichen Vorlage der Maßnahme durch die Dienststelle muss der Personalrat **innerhalb von 18 Werktagen** seinen Beschluss über die Zustimmung oder Nichtzustimmung zur geplanten Maßnahme mitteilen.

§ 74 (2) Satz 3: Der Beschluss des Personalrats über die beantragte Zustimmung ist der Dienststellenleitung innerhalb von 18 Werktagen nach Zugang des Antrags mitzuteilen.

Diese Frist **verdoppelt** sich auf **36 Werktage**, wenn die Mitbestimmung bei einer Stufenvertretung liegt und diese die Stellungnahme des Örtlichen Personalrats einholen muss.

§ 53 (7) Satz 2: In diesem Fall verdoppeln sich die Fristen des § 74 (2) Satz 4 und 5 und des § 82 (2) Satz 1.

Zur Klarstellung: Die Stufenvertretung hat 36 Tage Zeit und setzt dem ÖPR in der Regel eine ca. 14-tägige Frist zur Rückmeldung.

Wird eine zugestimmte Maßnahme von der Dienststelle nicht ausgeführt, so muss sie den Personalrat unter Darlegung der Gründe **schriftlich** informieren.

§ 74 (2) Satz 8: Führt die Dienststellenleitung eine Maßnahme, der der Personalrat zugestimmt hat, nicht durch, so hat sie darüber den Personalrat unter Darlegung der Gründe schriftlich zu informieren.

Äußert sich der Personalrat gegenüber der Dienststelle nicht innerhalb der gesetzlichen Mitbestimmungsfrist, gilt die Maßnahme durch **Fristablauf** als gebilligt.

§ 74 (2) Satz 6: Die Maßnahme gilt als gebilligt, wenn nicht der Personalrat innerhalb der genannten Frist die Zustimmung unter Angabe der Gründe schriftlich verweigert.

Wird das Mitbestimmungsrecht des Personalrates übergangen oder wird die Mitbestimmung erst verspätet veranlasst, so ist dieses Vorgehen ein Gesetzesverstoß. Die Beschlussfassung ist seitens der Dienststelle **nachträglich einzuholen**. Stimmt der Personalrat bei nachgeholter Beschlussfassung einer Maßnahme nicht zu, ist sie **rückgängig** zu machen, falls nicht zwingende gesetzliche Regelungen getroffen worden sind.

§ 74 (1): Soweit eine Maßnahme der Mitbestimmung des Personalrates unterliegt, kann sie nur mit seiner Zustimmung getroffen werden. Ist das Mitbestimmungsverfahren nicht oder nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden und stimmt der Personalrat bei nachgeholter Befassung nicht zu, so ist die Maßnahme, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, rückgängig zu machen.

Zusammengestellt von Johannes Müller

Recht in der Schule in Frage & Antwort

Ich habe gehört, dass es ab 63 eine Altersermäßigung von drei Stunden geben soll?

Das hat sich wie folgt verändert: In der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung heißt es im § 9: Lehrkräften, die, berechnet ohne Altersermäßigung, mindestens die Hälfte des Regelstundenmaßes Unterricht erteilen, ohne in Altersteilzeit zu sein, wird in den letzten beiden Schuljahren vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze und darüber hinaus drei Wochenstunden Altersermäßigung gewährt.

Mein Schulleiter hat am Ende des letzten Schuljahres kommentarlos die Klassenleiter/-innen bestimmt. Kann er das so einfach?

In der noch immer verwendeten Dienstordnung (DO) heißt es bei Nr. 2.4.8: „Unter Berücksichtigung der von der Gesamtkonferenz aufgestellten Grundsätze soll der Schulleiter die Unterrichtsverteilung vornehmen und die Klassenleiter bestimmen." Das bedeutet, dass der Schulleiter konkret die Personen benennen und auch abberufen kann, sich aber an die durch Beschlüsse der Gesamtkonferenz aufgestellten Grundsätze halten muss.

In unserer Schule gibt es zu wenige Religionslehrer/-innen. Kann ich hier einfach aushelfen, ohne dass ich eine Lehrbefähigung besitze?

Das sollten Sie nicht tun, denn die Kirchen nehmen das sehr genau. Nur wenn Sie die Missio canonica (katholisch) oder die Vocatio (evangelisch) abgelegt haben, können Sie Religionsunterricht erteilen. Die Schulleitung kann Sie auch nicht dazu zwingen.

Ich bin schon seit April krank; ich habe jetzt eine Aufforderung der Zentralen Medizinischen Untersuchungsstelle in Mainz bekommen, dass eine ärztliche Untersuchung angeordnet wird. Ist dies rechtens?

§ 44 des Landesbeamtengesetzes besagt, dass Beamte/Beamtinnen sich ärztlich untersuchen lassen müssen, wenn Zweifel an der Dienstfähigkeit bestehen. Eine solche Untersuchung findet im Rahmen einer Frist von sechs Monaten statt.

VBE-Hotline – RECHTSBERATUNG

Anruf genügt.
Wir nehmen Ihren Fall auf und helfen Ihnen weiter.

Jetzt täglich Montag bis Freitag 9:30 bis 11:30 Uhr

per Telefon 0 61 31 97 12 70 7

- **einfach**
- **umfassend**
- **professionell**

Der VBE bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Angebot für alle Fragen der beruflichen Rechtsberatung:
- **Verwaltungs- und Dienstrecht**
- **Beamten- und Tarifrecht**
- **Schul- und Personalvertretungsrecht**
- **Beihilferecht/Altersteilzeit/Pensionsberechnung**

Unsere Expertinnen und Experten des VBE-Netzwerks Rechtsberatung stehen für Ihre Anfragen per E-Mail recht@vbe-rp.de und über die Website www.recht-fuer-lehrer.de zur Verfügung.

Wir helfen Ihnen weiter. Garantiert.
So geht Rechtsberatung. Der VBE – mit Biss!

Alles, was Recht ist ...

Kann der Schulleiter einfach zu mir in den Unterricht kommen?

Der Schulleiter kann sich durch Unterrichtsbesuche, die in der Regel mindestens zwei Tage vorher angekündigt werden, über die Unterrichts- und Erziehungsarbeit an der Schule informieren und die Lehrkräfte beraten. Falls ein Unterrichtsbesuch nicht angekündigt wird, ist vorher der Vorsitzende des ÖPR zu informieren. So steht es in der Dienstordnung, Nr. 2.4.2.

Wie muss ich vorgehen, wenn ich mich als Schulleiterin selbst beurlauben will?

Nach Urlaubsverordnung können Sie sich bis zu drei Arbeitstage im Urlaubsjahr beurlauben. Die Selbstbeurlaubung ist bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion rechtzeitig vor Urlaubsantritt anzuzeigen. Das Kollegium sollten Sie natürlich auch informieren, wenn Sie nicht anwesend sind.

Zusammengestellt von Johannes Müller

Bundesverwaltungsgericht urteilt:

Abfrage eines Verzichts auf Reisekosten für eine Klassenfahrt kann gegen den beamtenrechtlichen Fürsorgegrundsatz verstoßen

Die Abfrage der Schulleitung, ob eine Lehrkraft im Falle nicht ausreichender Haushaltsmittel auf eine ihr zustehende Reisekostenvergütung für eine Klassenreise teilweise verzichtet, kann dazu führen, dass sich der Dienstherr auf eine solche Verzichtserklärung nicht berufen kann. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig heute entschieden.

Der Kläger, der als beamteter Realschullehrer im Dienst des beklagten Landes stand, hatte im Jahr 2013 bei seiner Schulleitung die Genehmigung einer Abschlussfahrt nach Berlin beantragt. Das dafür verwendete Antragsformular entsprach der Verwaltungsvorschrift des Dienstherrn für außerunterrichtliche Veranstaltungen. Darin wurde u. a. abgefragt, ob die Lehrkraft ganz oder teilweise auf Reisekostenvergütung verzichte. Der Kläger verzichtete teilweise. Nach seiner Rückkehr wurden ihm unter Hinweis auf seine Teilverzichtserklärung statt der beantragten Reisekostenvergütung i. H. v. rund 197,00 € vom Beklagten lediglich 88,00 € bewilligt. Während das nach erfolglosem Widerspruch angerufene Verwaltungsgericht den Beklagten zur Zahlung weiterer Reisekosten in Höhe des Differenzbetrages von rund 109,00 € verurteilt hat, hat der Verwaltungsgerichtshof auf die Berufung des Beklagten das Urteil des Verwaltungsgerichts geändert und die Klage abgewiesen. Die Revision des Klägers hatte Erfolg.

Der Beklagte kann sich nach dem Grundsatz von Treu und Glauben nicht auf den Teilverzicht des Klägers auf Reisekostenvergütung berufen. Dabei handelt es sich um eine unzulässige Rechtsausübung. Die entsprechende Abfrage verletzt den beamtenrechtlichen Fürsorgegrundsatz, weil sie die wohlverstandenen Interessen des Klägers nicht in gebührender Weise berücksichtigt. Sie dient der Umsetzung der Verwaltungsvorschrift des Dienstherrn. Danach sind Genehmigungen außerunterrichtlicher Veranstaltungen durch den Schulleiter nur im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich, es sei denn, der teilnehmende Lehrer verzichtet vorher ganz oder teilweise auf Reisekostenvergütung. Diese Koppelung zwischen Genehmigung und Verzicht bei – wie im vorliegenden Fall – nicht ausreichenden Haushaltsmitteln für alle im Schuljahr vorgesehenen Veranstaltungen setzte den Kläger einem Konflikt aus. Er musste entweder auf seinen Anspruch auf Reisekostenvergütung (teilweise) verzichten oder verantworten, dass die Abschlussfahrt nicht stattfindet. Dass eine Abschlussfahrt stattfinden sollte, entsprach den von der Gesamtlehrerkonferenz beschlossenen Grundsätzen, an die der Kläger gesetzlich gebunden war. Nach der vom Dienstherrn erlassenen Verwaltungsvorschrift kommt außerunterrichtlichen Veranstaltungen bei der Erfüllung der erzieherischen Aufgaben der Schule besondere Bedeutung zu. Dem Kläger wurde so auch die Verantwortung dafür zugewiesen, ob er eine staatliche Aufgabe unter Verzicht auf seinen ungeschmälerten Anspruch auf Reisekostenvergütung erfüllt. Hinzu kommt, dass der Kläger mit seinem Teilverzicht diese staatliche Aufgabe mit privaten Mitteln finanziert. Dies läuft dem Zweck des Anspruchs auf Reisekostenvergütung zuwider, nach dem der Dienstherr in Erfüllung seiner Fürsorgepflicht seinen Bediensteten notwendige dienstliche Reiseaufwendungen abnehmen soll.

Urteil vom 23. Oktober 2018 - BVerwG 5 C 9.17 -

www.recht-fuer-lehrer.de

Was unsere Leserinnen und Leser dazu sagen

Essay

Lasst uns Zeichen setzen gegen Hass und Hetze!

Demokratie

Rheinland-pfälzische Schule 10/2018

Rheinland-pfälzische Schule 10/2018

In der RpS-Ausgabe 10/2018 veröffentlichte der BLLV-Ehrenpräsident Klaus Wenzel einen engagierten Essay zum Thema „Lasst uns Zeichen setzen gegen Hass und Hetze!“. Hierzu erreichte uns folgende Stellungnahme eines Kollegen, die wir hier gekürzt wiedergeben:

Sehr geehrter Herr Wenzel,

die Gesellschaft ist derzeit so gespalten wie selten zuvor. Das bedeutet aber auch, dass man sich den Problemen neutral und faktenbasiert nähern muss. Nur auf diese Weise kann man tendenziösen Themenvermittlungen vorbeugen und keinen der „Pole“ in eine Abwehrhaltung bringen. Dies entspricht auch dem Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsenses.

Im Folgenden möchte ich gerne auf einige Aspekte Ihres Essays eingehen.

Ich möchte sogleich die Überschrift in den Fokus nehmen: „Lasst uns Zeichen setzen gegen Hass und Hetze!“ Im Prinzip lässt sich dagegen überhaupt nichts einwenden, wenn es nicht definitorische Probleme gäbe. Was ist denn genau Hass? Wie definiert man Hetze? Ist Hass bereits dann gegeben, wenn sich ein Mensch über eine Partei oder ein politisches Ziel echauffiert? Liegt Hetze vor, wenn Menschen sachlich gegen Positionen der Opposition oder der Regierung argumentieren, nur weil die vorgebrachten Argumente anderen nicht passen?

Diese beiden Begriffe werden in letzter Zeit häufig ins Feld geführt. Allerdings werden sie nicht definiert. Es sind daher offene, weit zu interpretierende (Kampf-)Begriffe, die die jeweilige Seite für sich reklamieren und ausgestalten kann. So kommt aus dem einen Lager etwa der Vorwurf von „Hass und Hetze“, wenn Kriminalitätszahlen von Zugewanderten interpretiert werden oder die Forderung nach geschlossenen Grenzen auftaucht.

Das andere Lager redet von „Hass und Hetze“, wenn sie keine Orte für ihre Treffen bekommen, sie anderweitig ausgegrenzt oder pauschal als „Nazis“ bezeichnet werden. Was also ist mit „Hass und Hetze“ gemeint? Ich wehre mich dagegen, dass diese Begriffe undefiniert gebraucht werden. Das fördert die Spaltung der Gesellschaft! Insbesondere im Unterricht dürfen diese Begriffe nicht ungeklärt genutzt werden.

Im zweiten Abschnitt nehmen Sie Bezug auf „Fernsehbilder“. Meinen Sie damit die Parolen der rechtsradikalen Hooligans oder die Gesänge und Rufe der „Antifa“? Beide Randgruppen waren und sind hasserfüllt sowie unreflektiert. Beide Seiten hindern Journalisten an ihrer Arbeit und verunglimpfen Politiker, dies kann man z. B. auf einem großen Videoportal leicht nachprüfen (...). Nur wenn man die andere Seite verstehen will, kann man einen Dialog anfangen.

Ich freue mich allerdings sehr über den versöhnlichen Passus aus dem vierten Abschnitt, „Wir können (und müssen) HALTUNG zeigen und uns in jeglicher Form der Ausgrenzung entgegenstellen.“ Haltung zeigen heißt für mich, dass wir alles unternehmen, um dem Grundgesetz eine vollumfängliche Geltung zu verschaffen. In diesem Zusammenhang sind die Art. 2, 3 und 5 GG von besonderem Belang. Es gilt, jegliche Form der Ausgrenzung zu unterbinden. Das heißt aber auch, dass wir eine Vielfalt an Meinungen hören, diskutieren und akzeptieren, sofern sie nicht gegen strafrechtliche Normen verstoßen. Das muss für alle politischen und religiösen Strömungen gelten, auch wenn dies in Einzelfall der eigenen Meinung diametral entgegensteht.

In Abschnitt sechs verwenden Sie den Begriff „Populisten“. Auch dies ist, wie Hass und Hetze, ein weiter und nicht eindeutiger Begriff. (...) Zudem hat er eine tendenziöse Konnotation, da die derzeitige Verwendung des Begriffs von der Hauptzahl der Leser höchstwahrscheinlich dem „rechten Spektrum“ zugewiesen wird. Dies ist aus politologischer Sicht aber schlichtweg falsch, da es Popu-

listen in sämtlichen politischen Strömungen und Lagern gibt, sogar die Bundesregierung agiert zuweilen „populistisch“. Will man eine neutrale und versöhnliche Debatte führen, sollte dieser Begriff vermieden werden, sofern er nicht eindeutig definiert wurde.

(...) Sie schreiben außerdem, und das völlig zutreffend, dass wir antidemokratischem Treiben nicht tatenlos zusehen können und wir unsere Kinder für die Gefahren von extremen Kräften sensibilisieren müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass man als guter Pädagoge und Demokrat stets das gesamte politische Spektrum im Blick haben sollte (...).

Wenn wir also vereinen und nicht spalten wollen, wenn wir vollumfänglich analysieren und gewichten wollen, so müssen wir das große Ganze im Blick haben. Die Gefahr für die Demokratie kommt nicht nur aus einem politischen Spektrum. Die Gefahr ist derzeit leider allgegenwärtig, vor allem an den Rändern. Was Sie aber mit Teilen Ihrer Aussagen tun, ist spalten. Dies sieht man insbesondere an dem Bild auf S. 9.: „Menschenrechte statt rechter Menschen“ (...).

Sie wollen ein Zeichen gegen Hass und Hetze setzen, dann fangen Sie bitte auch mit einer neutralen Herangehensweise an und schütten Sie nicht noch Öl ins Feuer. Die Gesellschaft ist gespalten wie selten zuvor. (...) Um es mit Ihren Worten zu sagen: „Zu nachhaltigen demokratiepädagogischen Prozessen gehören aber auch Fakten und Daten, Erfahrungen und Erlebnisse.“ Diesen Satz sollten wir alle beherzigen.

Über eine Antwort würde ich mich freuen.

Herbert Grün

Darauf antwortete Klaus Wenzel:

Sehr geehrter Herr Grün,

vielen Dank für Ihr ausführliches Schreiben, das ich gestern erhalten habe. Sie haben sich sehr viel Mühe gemacht, was ein Indiz dafür sein dürfte, dass Ihnen die zunehmende Spaltung in unserer Gesellschaft ein ernsthaftes Anliegen ist.

In diesem Punkt stimmen wir überein, und ich kann in meinem kurzen Beitrag keine einzige Textstelle erkennen, die den Vorwurf der Spalterei rechtfertigt. Dass Begriffe unterschiedlich interpretiert werden können, liegt in der Natur der Sache bzw. der Sprache. Das werden Sie nie verhindern, auch wenn Sie exakte Definitionen liefern und fünf weitere Fundstellen benennen. Es ist übrigens in Textsorten dieser Art absolut unüblich, Begriffe zu definieren und mit Fußnoten zu arbeiten.

Tatsache ist, dass ich in meinem Beitrag stellenweise sehr pointiert formuliert habe, weshalb auch das von Ihnen beanstandete Foto sehr gut zum Text passt.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Wenzel

Anmerkung der Redaktion: Das Bild auf Seite 9 in der RpS-Ausgabe 10/2018 wurde von der Redaktion ausgewählt. Es gibt eine Straßenszene von einer Jugendveranstaltung wieder. RED

* Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

November
Infos & Technik

Amazon-Alternativen

Amazon ist der Platzhirsch unter den Internet-Versendern. Dabei ist Amazon nicht immer günstig, auch die „Blitzangebote“ sind oft bei anderen Anbietern zum selben Preis erhältlich. Haben Sie schon einmal bei Otto bestellt? Seit 1949 gibt es diesen Versandhandel schon, anders als Quelle oder Neckermann hat er sich auch im Internet durchgesetzt und ist derzeit die Nummer zwei im deutschen Internethandel. Wie Amazon bietet Otto ein umfassendes Sortiment an. Sein Umsatz beträgt etwa ein Drittel des Amazon-Umsatzes. Auf den weiteren Plätzen folgen Zalando, Notebooksbilliger, Bonprix und der Mediamarkt, also Versender mit einem eingeschränkten Angebot. In der Liste mit den 100 umsatzstärksten Online-Händlern finden sich fast ausschließlich solche Spezialisten. Ihre Preise sind oft günstiger als die Amazon-Preise, ein Vergleich lohnt sich! Auch kleinere Händler bieten oft einen guten Service und sind zuverlässig. So kann man z. B. beim Büromarkt Böttcher aus Jena schon bei der ersten Bestellung auf Rechnung kaufen, die Preise sind niedrig und die Lieferung erfolgt schnell.
https://de.statista.com

VPN-Anbieter

Bei vielen Internet-Nutzern wächst der Wunsch, sicher und anonym im Netz zu surfen. Zudem ist es ärgerlich, wenn aufgrund von „Geoblocking“ z. B. Inhalte von YouTube nicht angezeigt werden. Hier helfen VPN-Dienste, die den Datenverkehr verschlüsseln und den Aufenthalt in einem beliebigen Land vorgaukeln. So können Sie z. B. wählen, dass Ihr Rechner eine Adresse aus den USA erhält. Google, Amazon oder Netflix sehen Ihren Rechner also in den USA. Da sämtlicher Datenverkehr über einen Rechner im Ausland laufen muss, sind Geschwindigkeitseinbußen normal. Sie fallen gering aus, wenn Sie sich für einen kostenpflichtigen VPN-Dienst entscheiden. Gut ist z. B. VyprVPN, ein Dienst aus der Schweiz, der knapp 3 Euro/Monat verlangt. Ebenfalls gut und günstig sind „NordVPN“ oder „CyberGhost VPN“. Kostenlos, dafür aber mit geringerer Geschwindigkeit und komplizierter einzurichten ist das „Tor-Project“. Informationen zu den verschiedenen Anbietern finden Sie z. B. hier:
https://vpn-anbieter-vergleich-test.de
www.vpnvergleich.net

Datensicherheit

Die Ergebnisse der Klassenarbeit sind in einer Datei auf Ihrem Stick? Die Zeugnisse Ihrer Schüler sind auf dem Stick? Ihre private Korrespondenz ist auf dem Stick gespeichert? Dann sollten Sie einen sicheren Stick nutzen! Schon länger gibt es den Corsair-Padlock-Stick mit einer Zahlen-Tastatur, der nur nach Code-Eingabe den Inhalt freigibt. Neu ist der „Datalocker Sentry One“, der ebenfalls eine sichere Hardware-Verschlüsselung bietet. Im Gegensatz zu dem Stick von Corsair ist eine Software nötig, die auch eine zentrale Verwaltung mehrerer Sticks ermöglicht. Sichere Sticks gibt es ab etwa 50 Euro, ältere USB-2.0-Modelle oft viel günstiger. Meist reicht eine 8- oder 16-GByte-Version. Gut wäre es, wenn aus dem Schuletat für jede Lehrkraft solch ein Stick angeschafft wird!

FRITZ!Box

Bei Ihnen steht ein FRITZ!Box-Router? Bei etwa 70 % Marktanteil ist die Wahrscheinlichkeit hoch. Die FRITZ!Box ist zwar teuer, bietet aber viel und läuft in der Regel sehr stabil. Um die Möglichkeiten auszureizen, müssen Sie das Menü der FRITZ!Box öffnen. Wenn Sie in der Adresszeile Ihres Browsers fritz.box eingeben und das Passwort eingeben, sind Sie im Menü des Routers. Hier können Sie z. B. einen Gastzugang einrichten, dem Sie einen neuen WLAN-Namen und ein anderes Passwort zuweisen können. Gäste surfen so in einer von Ihrem Netz abgeschotteten Umgebung. Die Einrichtung erfolgt unter WLAN/Gastzugang. Unter Internet/Filter können Sie z. B. eine Kindersicherung einrichten, indem Sie bestimmten Geräten Zugangsprofile zuordnen. Die Profile können Sie unter „Zugangsprofile“ selbst definieren. Unter Internet/Online-Monitor sehen Sie, wie viele Gigabyte Sie im aktuellen und im letzten Monat verbraucht haben. Die Menüstruktur der Fritzbox ist selbsterklärend, die Bedienung einfach. Sie sollten sich einmal im Menü umschauen, es gibt viel zu entdecken!

Passwörter

Sie nutzen sicher Passwörter? Um die Übersicht zu behalten, sollten Sie einen Tresor anlegen, in dem Ihre Passwörter gespeichert werden. Gut und kostenlos ist z. B. „KeePass“, die Absicherung der Datenbank selbst erfolgt über ein Passwort und eine beliebige Datei, die auf dem Rechner vorhanden sein muss. Durch Add-ons für Firefox (Kee) oder Chrome (CKP) können die Passwörter automatisch direkt auf den Log-in-Seiten im Internet eingetragen werden. So ersetzt KeePass auch nicht mehr funktionierende Programme wie z. B. den „Password Exporter“. Download z. B. hier:
https://keepass.info/

O2-Daten-Tarif

Seit Anfang Juni hat O2 seine Daten-Tarife deutlich im Preis gesenkt. So kostet jetzt der Tarif mit 10 GB Volumen/Monat 19,99 Euro (O2 my Data M). EU-Roaming ist inklusive, auch die Drosselung auf 1000 Kbit/s nach Verbrauch des Inklusivvolumens lässt normales Surfen zu. Die Maximalgeschwindigkeit beim Download sind 225 MBit/s, die Upload-Geschwindigkeit gute 50 MBit/s. Nachteilig ist die Vertragslaufzeit von 24 Monaten. Genutzt werden kann die Datenkarte z. B. direkt in einem Tablet oder in einem mobilen Router wie dem Huawei E5786 (bis 300 MBit/s, ca. 120 Euro), der bis zu 10 Geräte mit schnellem drahtlosem Internet versorgen kann.
www.o2online.de
www.huawei.de

Grill-Bike

Mit dem Fahrrad zum Grillen? Es ist schwierig, den Grill zu transportieren? Nicht mit dem „Knister Grill“! Der Grill lässt sich mit einer Halterung vor dem Lenker anbringen und dient so auch als Transportkorb. Er

November
Infos & Technik

ist ausziehbar und so groß genug für den Familienausflug. Der Preis ist allerdings noch hoch, der „Knister Original“ kostet 135 Euro.
http://knister-grill.com

Spam

Ein guter Spam-Filter schützt vor überlaufenden Postfächern. Manchmal landen aber auch echte Mails im Spam-Ordner der Mailanbieter. Deshalb ist es wichtig, diesen Ordner regelmäßig zu kontrollieren. Outlook schaufelt die Spams in den Ordner „Junk-E-Mail“, der regelmäßig geleert werden sollte. Der Begriff „Spam“ leitet sich von der Konservendose Spam (Spiced Ham) ab, die im Zweiten Weltkrieg im Übermaß produziert wurde. In einem Sketch von Monty Python (1970) wurde aus „Spam“ ein Synonym für Stillstand durch Chaos.

EU-Roaming

Sie machen in Spanien Urlaub? Sie haben eine Handy-Flat? Dann können Sie kostenlos nach Deutschland telefonieren. Sie wollen Ihre Tochter anrufen, die in Spanien Urlaub macht? Dann wählen Sie unbedingt die deutsche Handy-Nummer Ihrer Tochter! So ist es für Ihre Tochter kostenlos und für Sie nicht teurer als ein Inlandsgespräch. Wenn Sie z. B. das spanische Hotel oder ein spanisches Handy anrufen, ist der Anruf nicht kostenlos! Pro Minute kosten Telefonate ins EU-Ausland bis zu 1,49 Euro! Ab Mai 2019 wird es billiger, dann gilt eine Höchstgrenze von 19 Cent pro Minute. Bis dahin ist es meist günstiger, vom Festnetz ins EU-Ausland zu telefonieren. Die aktuellen Minutenpreise finden Sie z. B. hier:
www.handytarife.de

App-Tipp: WPS Office

Office-Programme für das Smartphone oder das Tablet sind meist kostenlos. Selbst MS Office wird kostenlos angeboten, allerdings nur für Tablets bis zu einer Diagonalen von 10,1 Zoll. Gut und für alle Geräte kostenlos ist WPS Office, mit dem alle Office-Dateiformate bearbeitet werden können. Neben Android, iOS und Windows gibt es sogar eine Linux-Version.
www.wps.com

Internet

Ab September 2019 müssen neue Autos die Abgasnorm Euro 6d erfüllen. Beim ADAC finden Sie eine Liste mit allen 6d-Autos, die derzeit bestellbar sind. Suchen Sie auf der ADAC-Seite einfach nach „Liste Euro 6d TEMP“. Derzeit sind über 650 Modelle gelistet, eine Aktualisierung erfolgt fast täglich.
www.adac.de

Ein neuer Computer ist teuer. Oft reicht ein gebrauchter; wenn Preis und Leistung stimmen, kann viel Geld gespart werden! Beim Prozessor sollten Sie auf die Generation achten, so ist z. B. „i5“ nicht gleich „i5“! Beim Kauf von einem seriösen Händler sind Garantie und Rückgaberecht selbstverständlich. Neben Neuware bieten z. B. folgende Händler auch günstige und gute Gebrauchtgeräte an:
www.notebooksbilliger.de
www.pcbilliger.de
www.one.de

Sie wollen am Wochenende einen Trödelmarkt besuchen? Hier finden Sie viele Termine, nach Postleitzahlen geordnet. Veranstalter können kostenlos Termine eintragen.
https://meine-flohmarkt-termine.de

Sie planen die Anschaffung eines Elektroautos? Im Elektroauto-Finder können Sie Ihre Anforderungen eingeben und erhalten Vorschläge. Berichte über neue Entwicklungen, Tests, viele Informationen und eine Übersicht über E-Ladestationen finden Sie ebenfalls. Für alle, die Interesse an E-Autos haben, ein informatives und gutes Angebot!
www.EFahrer.com

Tipps und Tricks

Windows-Explorer
Sie wollen schnell die Eigenschaften einer Datei oder eines Ordners überprüfen? Dann klicken Sie bei gedrückter ‹Alt›-Taste die Datei oder den Ordner doppelt an. Schon sehen Sie die Eigenschaften!

Farbfilter
Sehen Sie plötzlich nur noch graue Bilder? Dann ist vielleicht der Farbfilter aktiv. In den Einstellungen können Sie ihn deaktivieren. Wählen Sie „Erleichterte Bedienung“ und dann „Farbfilter“. Nun können Sie deaktivieren und auch die Tastenkombination ‹Win›+‹Strg›-‹C› ausschalten, mit der der Filter versehentlich aktiviert werden kann.

Standardprogramme
Mit welchem Programm öffnet sich eine Textdatei (*.txt)? Welches Programm öffnet sich beim Anklicken eines Links in einer Mail (*.html)? Dies können Sie in den Einstellungen festlegen! Wählen Sie dazu in den Einstellungen „Apps“ und dort „Standard-Apps“. Einige Anwendungen, z. B. das Mailprogramm oder den Webbrowser, können Sie direkt auswählen. Andere Programme können Sie über „Standard-Apps nach Dateityp auswählen“ bestimmen. So können Sie z. B. allen *.txt- oder *.docx-Dateien Word als das Programm zuordnen, das sich beim Anklicken öffnen soll.

Systemwiederherstellung
Läuft Ihr System stabil? Dann sollten Sie einen manuellen Wiederherstellungspunkt anlegen! Bei Problemen können Sie dann darauf zurückgreifen. Tippen Sie in das Suchfeld „Wiederherstellungspunkt“ ein und wählen Sie aus der Liste „Wiederherstellungspunkt erstellen“. Über den Punkt „Systemwiederherstellung“ können Sie prüfen, welche Punkte schon existieren. Bei großen Updates legt Windows in der Regel automatisch einen solchen Punkt an. Über „Erstellen“ erzeugen Sie einen manuellen Wiederherstellungspunkt.

Vorschau

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- Browser-Erweiterungen
- GMail
- Mobile Bezahlsysteme

Rückmeldungen erwünscht!
Schicken Sie Anregungen, Wünsche oder Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

Besuch am Drehort

Die andere Heimat – nicht nur ein Film

50 Pensionärinnen und Pensionäre aus der Region Koblenz besuchten Gehlweiler, das fiktive Hunsrückdorf „Schabbach“. In diesem schönen 700 Jahre alten Dorf ist 2012 von dem deutschen Regisseur Edgar Reitz der preisgekrönte Kinofilm „Die andere Heimat“ entstanden.

Bei einem kleinen Imbiss im Hof des Hauses Simon im Original von 1840 konnten die Teilnehmer sich begrüßen und erste Erinnerungen austauschen. Schon hier, als den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die damals herrschende Not deutlich wurde, konnte verständnisvoll der Bezug zur heutigen weltweiten Migrationssituation hergestellt werden.

Mit einigem Stolz und offensichtlicher Freude haben Mitglieder des „Schabbacher Kultur- und Heimatfreunde e. V.“, die teilweise selbst bei den Dreharbeiten vor oder hinter der Kamera mitwirkten, die Drehorte, die Landschaft und die Menschen und ihre Lebenssituation in der damaligen Zeit lebendig werden lassen.

Zum gemeinsamen Mittagessen mit deftigen Hunsrücker Spezialitäten fuhr die Gruppe nach Herrstein in die Zehntscheune, ein eindrucksvoll renoviertes Fachwerkgebäude.

Vor der Rückfahrt nach Hause flanierten kleine Gruppen durch die mittelalterlichen Gässchen des kleinen Städtchens.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens in Schabbach vor der Schmiede, wo der Schmied demonstrierte, wie er noch heute arbeitet

Hermann Schäfer
VBE-Sprecher der Seniorinnen und Senioren
der Region Koblenz

Anzeige

Studienreise für Lehrkräfte i.R. und Interessierte!

Vietnam und Kambodscha

Termin: 13.04. – 24.04. 2019 (Osterferien) – Grundreisepreis: € 2.295,- pro Person

Unentdecktes Südost-Asien
Vietnam steht für Schönheit, Kulturreichtum und Tradition. Noch gibt es in Vietnam keinen Massentourismus wie in anderen Ländern Südostasiens. Und genau das macht den Reiz dieses Landes aus. Erleben Sie die dynamische Metropole Saigon, die chinesisch geprägte Hafenstadt Hoi An, die alte Kaiserstadt Hue und die stolze Hauptstadt Hanoi. In Halong erwartet Sie die weltberühmte Halong-Bucht und in Kambodscha die grandiosen Tempelanlagen von Angkor.

Unser Angebot beinhaltet:
- Langstreckenflüge in der Touristenklasse von Frankfurt/Main nach Saigon (Ho-Chi-Minh-Stadt) und zurück von Saigon nach Frankfurt/Main, zulässiges Freigepäck, Bordverpflegung nach Tageszeit
- Inlandsflüge Saigon-Danang, Hue-Hanoi, Hanoi-Siem Reap und Siem Reap-Saigon
- Flughafensteuern, Flugsicherheitsgebühren und aktuelle Kerosinzuschläge
- 7 Übernachtungen mit Frühstück in 4-Sterne-Hotels in Vietnam in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche/WC, Klimaanlage, Sat-TV
- 2 Übernachtungen mit Frühstück im 4-Sterne-Hotel in Siem Reap/Kambodscha in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche/WC
- Transfers mit Gepäckbeförderung Flughafen-Hotel-Flughafen
- Busfahrt Hoi An – Danang – Hue
- 9 Mittagessen in örtlichen Restaurants in Vietnam und Kambodscha
- Teilnahme am Fachprogramm lt. Einladung zu dieser Reise (Änderungen vorbehalten)
- Besichtigungen in Vietnam lt. Programm inkl. Eintrittsgelder
- Besichtigungen in Kambodscha/Angkor Wat lt. Programm inkl. Eintrittsgelder
- Deutsch sprechende Reiseleitung während des Aufenthaltes in Vietnam und Kambodscha
- Insolvenzversicherung/Reisegeldgarantie
- Reiserücktrittskosten-Versicherung
- Reiseführer zur Reisevorbereitung

Weitere Informationen sowie die Reiseanmeldung erhalten Sie bei der Bundesseniorenvertretung des VBE.

Bundesseniorensprecher:
Max Schindlbeck
Mozartstr. 9
86470 Thannhausen
Tel. 08281-5655
Fax: 08281-5676
E-Mail: m.schindlbeck@vbe.de

Reiseveranstalter: RDB Reisedienst Bartsch GmbH • Neichener Heide 18 • 53604 Bad Honnef
Tel.: +49 (0) 2224 - 98 98 98 • Fax: +49 (0) 2224 - 98 98 94 • E-Mail: info@rdb-reisen.de

Wir gratulieren zum Geburtstag – Dezember

98. Geburtstag
AM 26.12. › Ilse Rüther
Frühlingsstr. 5 ■ 76726 Germersheim

91. Geburtstag
AM 04.12. › Elisabeth Janson
Amselweg 7
67127 Rödersheim-Gronau

90. Geburtstag
AM 10.12. › Elfriede Junk
Kapellenstr. 30 ■ 56812 Cochem

89. Geburtstag
06.12. › Erich Hammer
Mettlacher Hofstr. 29
56843 Burg/Mosel

88. Geburtstag
AM 08.12. › Alois Horz
Schillerstr. 5 ■ 65599 Dornburg
AM 10.12. › Ilse Brosowski
Lasinskystr. 86 ■ 54296 Trier

87. Geburtstag
AM 10.12. › Walter Süß
Welschstr. 18
67069 Ludwigshafen-Oppau
AM 23.12. › Willi Lenzen
Grottenweg 1 ■ 54531 Manderscheid

86. Geburtstag
AM 15.12. › Berthold Feldmann
Brucknerstr. 4 ■ 76879 Ottersheim
AM 15.12. › Theo Magin
Eichendorffallee 8
67105 Schifferstadt

85. Geburtstag
AM 09.12. › Doris Schäfer
Brunnenstr. 5 ■ 53489 Sinzig-Westum

83. Geburtstag
AM 20.12. › Alfons Fassott
Schulstr. 10 ■ 66894 Bechhofen
AM 26.12. › Rosel Schneider
Flurstr. 21 ■ 67716 Heltersberg
AM 29.12. › Dorothe Amberger
Am Vogelgesang 14
67657 Kaiserslautern

82. Geburtstag
AM 02.12. › Elisabeth Niermann
Friedrich-Ebert-Str. 26 ■ 55130 Mainz
AM 06.12. › Karl Mockenhaupt
Bergstr. 12 ■ 57520 Rosenheim
AM 08.12. › Ernst Wilhelm Bauer
Kyllburger Str. 14 ■ 54655 Wilsecker
AM 16.12. › Marianne Dennenwaldt

81. Geburtstag
AM 05.12. › Christa Kohns
Im Oberberg 6 ■ 54453 Nittel
AM 07.12. › Josef Schneider
An der Weidenmühle 7
55585 Norheim
AM 10.12. › Klaus Weber
Von-Wambold-Str. 15
55288 Partenheim
AM 23.12. › Erich Schraut
Franz-Hartard-Str. 30
67376 Harthausen
AM 24.12. › Max Reifenhäuser
Ringstr. 34 ■ 57580 Gebhardshain

80. Geburtstag
AM 07.12. › Wolfgang Wahrheit
Georg-Reiß-Str. 22 ■ 76829 Landau
AM 07.12. › Ernst Haasenritter
Burgweg 21 ■ 54439 Saarburg
AM 09.12. › Helmut Prinz
Römerstr. 8 ■ 54294 Trier
AM 25.12. › Runhilt Schmaußer
Mittelstr. 10 ■ 54317 Gutweiler
AM 26.12. › Gerhard Zerfaß
W.-O.-von-Horn-Str. 15 ■ 55469 Simmern

79. Geburtstag
AM 05.12. › Wilfried Eul
Wilhelmstr. 9 ■ 53562 St. Katharinen
AM 09.12. › Manfred Luxen
Kolmarer Str. 13 ■ 76829 Landau
AM 10.12. › Werner Heidenreich
Maxstr. 17 ■ 76879 Ottersheim
AM 12.12. › Winfried Iserloh
Untere Grabenstr. 14 ■ 56727 Mayen
AM 13.12. › Hildegard Schiebel
Goldenbrunnengasse 7 ■ 55116 Mainz
AM 19.12. › Klaus Forler
Ludwigstr. 22 ■ 67483 Edesheim
AM 21.12. › Robert Wagner
Schulstr. 9 ■ 53539 Kelberg
AM 23.12. › Helga Knechtges
Hainer Weg 21
56651 Niederdürenbach

78. Geburtstag
AM 03.12. › Siglinde Hellmeister
Rheinstr. 58 ■ 55424 Münster-Sarmsheim
AM 07.12. › Margit Hieff
Kotnolstr.14 ■ 54668 Prümzurlay
AM 20.12. › Gregor Pütz
Arienheller Str. 30 ■ 56598 Rheinbrohl
AM 23.12. › Hermann Palms
Tiergartenstr. 34 ■ 54584 Jünkerath
AM 27.12. › Günter Burkhard
Amselstr. 61 ■ 66994 Dahn

77. Geburtstag
AM 03.12. › Eginhard Lipinski
Im Park 8 ■ 56332 Wolken
AM 07.12. › Karl-Heinz Wahlen
Sefferweg 21 ■ 54657 Neidenbach
AM 08.12. › Heike Bohrmann Auf der Schlicht 8 ■ 65239 Hochheim
AM 09.12. › Bernd Fiene
Hauptstr. 17 ■ 67152 Ruppertsberg
AM 15.12. › Dorothea Schulte
Kreuzbergstr. 16 ■ 54673 Neuerburg
AM 19.12. › Hans-Georg Klein
Friedrichstr. 5
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
AM 20.12. › Dieter Selbach
Birkenweg 13 ■ 56294 Wierschem
AM 28.12. › Gabriele Paltzer
Palliener Str. 12 ■ 54294 Trier-Pallien

76. Geburtstag
AM 17.12. › Erika Ulbrich
Flurstr. 10 ■ 55776 Rückweiler
AM 23.12. › Werner Morsch
Milanstr. 2 ■ 67373 Dudenhofen
AM 29.12. › Richard Antoni
Hasentalstr. 8 ■ 66976 Rodalben

75. Geburtstag
AM 03.12. › Elisabeth Rowolt
Schlenckerstr. 4 ■ 54614 Schönecken
AM 05.12. › Hans Gerstner
Ostring 71 ■ 67105 Schifferstadt
AM 07.12. › Karl-Alfred Meister
Akazienweg 3 ■ 56288 Kastellaun
AM 08.12. › Monika Auras
Adolfstr. 40 ■ 56112 Lahnstein
AM 18.12. › Maria Hinderberger
Rietburgstr. 2 ■ 67346 Speyer
AM 29.12. › Ingrid Raddatz
Ahornweg 13 ■ 55218 Ingelheim

74. Geburtstag
AM 06.12. › Klaus Specka
Schlossgartenstr. 18
76848 Wilgartswiesen
AM 30.12. › Gisela Kiefer
Bechelstr. 14 ■ 56073 Koblenz

73. Geburtstag
AM 02.12. › Helmut Malz
Lärchenweg 8 a ■ 67346 Speyer
AM 09.12. › Herbert Klein
Weilerbach 2 ■ 54669 Bollendorf

72. Geburtstag
AM 01.12. › Klaus Metzdorf
Goethestr. 27 ■ 54634 Bitburg
AM 03.12. › Volker Diehl
Goethestr. 12 ■ 51597 Morsbach
AM 17.12. › Paul Seiller
Hinterer Rinderberg 43
55469 Simmern
AM 17.12. › Albert Klein
Max.-Kolbe-Str. 9 ■ 54516 Wittlich
AM 25.12. › Dorothea Hardy
Lüderitzstr. 7 ■ 56076 Koblenz
AM 27.12. › Hans-Otto Braun
Panzweiler Str. 17 ■ 55490 Gemünden

71. Geburtstag
AM 04.12. › Marianne Alzer
Am Friedhof 1 ■ 57572 Niederfischbach
AM 05.12. › Ingeborg Auen
Kapellenstr. 72 ■ 55294 Bodenheim
AM 09.12. › Hans-Gilbert Ottersbach
Kapellenstr. 46 ■ 55294 Bodenheim
AM 21.12. › Albert Justen
An Tanzberg 11 ■ 56745 Bell
AM 22.12. › Christa Lescher
Haurother Str. 12 ■ 56761 Masburg
AM 22.12. › Rudolf Werno
Im Buchenhain 4 ■ 66839 Schmelz

70. Geburtstag
AM 06.12. › Georg Stappert
Rieslingweg 6 ■ 55232 Alzey
AM 08.12. › Edith Müller
Seeblickstr. 33 ■ 56745 Bell
AM 08.12. › Werner Huhn
Moselblick 20 ■ 56861 Reil
AM 12.12. › Anna-Maria Kellendonk
Bussardstr. 17 ■ 54329 Konz
AM 13.12. › Alice Sarholz
Im Obersten Garten 31
54317 Gutweiler
AM 14.12. › Helga Maurer
Gartenstr. 33 ■ 67433 Neustadt
AM 25.12. › Alfons Bonerz
Leuker Bungert 27 b
54439 Saarburg, Saar
AM 27.12. › Barbara Artz
Kapellenstr. 37
55124 Mainz-Gonsenheim

Aktivitäten des VBE-Kreisverbandes Trier-Saarburg

Tour in Belgien

Am 15. September 2018 fuhren wir zu den Grotten von Han-sur-Lesse in Belgien. Dort ging es erst mit einer Trambahn zu den Grotten. In einem weitverzweigten Höhlensystem wurde die Gruppe von einem Deutsch sprechenden, als Bergmann kostümierten Führer durch die verschiedenen Ebenen geleitet. Auf zwei Kilometern Länge und über 400 Stufen auf und ab konnten wir die verschiedensten Tropfsteinformationen in der Höhle bestaunen.

Danach fuhren wir zur Stadtführung nach Dinant. Das Städtchen liegt am schmalen Ufer der Lesse. Seine Geschichte ist geprägt vom Spannungsfeld der angrenzenden Länder. Die Kirche Notre Dame – nah an den Felsen gebaut – stellt eine traumhafte Kulisse neben der Lesse dar. Angeregt durch das hier verarbeitete Messing erfand der Sohn des Instrumentenbauers Adolphe Sax ein neues Instrument, das Weltkarriere machte – das Saxofon.

Ein Spaziergang über die neue Uferpromenade bei erfreulich gutem Sommerwetter ließ die Gruppe kulinarische Kostproben finden, auch das hier hergestellte Honiggebäck mit verschiedensten Motiven fand interessierte Abnehmer.

Mechthild und Franz-Karl Rauls
VBE-Kreisverband Trier-Saarburg

VBE-Mitglieder auf den Spuren von Karl Marx – beeindruckende Führung im Trierer Museum Simeonstift

Am 17. Oktober 2018 hatte die Vorsitzende des Kreisverbandes Trier-Saarburg, Barbara Mich, zu einer kulturellen Veranstaltung des besonderen Art eingeladen: Unter dem Titel „Karl Marx – Stationen eines Lebens 1818–1883“ führte die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Kathrin Schug, die VBE-Mitglieder exklusiv durch das bewegte Leben des „Trierer Sohnes“ Karl Marx, das vor 200 Jahren begann.

Kathrin Schug nahm die Besucher in einem Rundgang mit auf die Lebens- und Reisestationen des Philosophen: Von Karl Marx' Kindheit und Jugend in Trier über seine Studienjahre und erste Berufserfahrungen bis hin zum Exil in London, wo er den allergrößten Teil seines Lebens verbrachte und dort 1883 in der Meinung starb, seine Ideen würden in Vergessenheit geraten. Der Referentin gelang es, anhand zeitgenössischer Gemälde, Fotos, Originaldokumente und Zeichnungen Marx' Leben und Werk aus dem 19. Jahrhundert heraus verständlich zu machen, um ihn als Privatmenschen, Denker, Politiker, Publizisten und Revolutionär seiner Zeit zu begreifen. Dabei zeichnete sie ein buntes Bild dieser umwälzenden Epoche, wobei sie auch viele Parallelen in Bezug auf gesellschaftliche und kulturelle Fragen zur Gegenwart zog.

Barbara Mich bedankte sich bei der Referentin für eine sehr lebendige und spannende Darstellung, die allen große Freude bereitet habe. Die Teilnehmer quittierten dies mit einem lang anhaltenden Applaus.

Am Schluss war reichlich Gelegenheit, sich bei einem Glas Sekt untereinander wie auch mit der Referentin bei herrlichem Blick auf die angestrahlte Porta Nigra über eine sehr gelungene Veranstaltung austauschen.

Walter Bach, Pressereferent
VBE-Kreisverband Trier-Saarburg

Veranstaltung des VBE-Kreisverbandes Pirmasens-Zweibrücken

Neuwahlen beim Kreisverband Pirmasens-Zweibrücken

Bei der Mitgliederversammlung am 27. September 2018 standen turnusgemäß Neuwahlen auf dem Programm. Der Vorsitzende ließ einige Höhepunkte der vergangenen Legislaturperiode Revue passieren. Er betonte die Wichtigkeit der Gewerkschaftsarbeit vor Ort und die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten im Kreisverband. Weiterhin wurde auf die Tassenaktion zurückgeblickt und die Umsetzung des Datenschutzes thematisiert.

Die Sorge um die mangelnde Lehrerversorgung im Grundschulbereich wurde von vielen Mitgliedern geteilt. Die Aufwertung des Grundschullehramtes auf A 13 wird als eine notwendige Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung angesehen.

Foto links: Der neue Kreisvorstand des VBE-Kreisverbandes Pirmasens-Zweibrücken (von links): Anke Großlaub, Lisa Becker, Sara Burkhart, André Wünstel (Vorsitzender), Doris Fox, Andrea Kuhlbusch, Isabel Frahry (Kassenwartin), Anjuli Zürn, Ute Eichenlaub, Eva-Maria Lenhard, Alexandra Zitscher. Auf dem Bild fehlen: Ann Maas (Stellvertreterin), Tanja Heilmann, Giana Rana, Sara-Kim Schneider, Stefanie Eichenlaub, Sebastian Nikolaus

Der Vorsitzende freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem neu gewählten Vorstand.

André Wünstel
VBE-Kreisvorsitzender
Pirmasens-Zweibrücken
E-Mail: wuenstel@yahoo.de

Termin:
22.11.18
17.00 Uhr

Veranstaltung des VBE-Kreisverbandes Bernkastel-Wittlich

VBE-Personalräte stehen Rede und Antwort

Ort:
Restaurant Altes Missionshaus (St. Paul),
Arnold-Janssen-Str. 9,
54516 Wittlich-Wengerohr
(hinter dem ehemaligen Kloster der Steyler Missionare)

Anmeldung:
bis Donnerstag, den 15. November 2018,
bei Rosemarie Manstein,
Tel. 06571 6065,
per E-Mail: rg.manstein@t-online.de

Referenten:
Katja Stein, Mitglied im Bezirkspersonalrat Realschule plus,
Oliver Pick, 2. stellv. Vorsitzender im Hauptpersonalrat Grundschulen

Der VBE-Kreisverband Bernkastel-Wittlich lädt alle Örtlichen Personalräte zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ein.

An diesem Nachmittag möchten wir allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Örtlichen Personalräten engagieren, die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch geben. Außerdem hoffen wir, Ihnen im Gespräch mit der Kollegin Katja Stein und dem Kollegen Oliver Pick Hilfen und Anregungen für Ihre Tätigkeit im ÖPR anbieten zu können.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Rosemarie Manstein
VBE-Kreisvorsitzende Bernkastel-Wittlich

Oliver Pick

Katja Stein

Veranstaltung des VBE-Kreisverbandes Rhein-Lahn

Debbekooche, Dunkes on kalde Ent

Eine Genussführung durch die Koblenzer Altstadt mit alten Rezepten, Schmankerln und vielen Geschichten aus der guten alten Zeit.

Die Führung endet mit einer Koblenzer Spezialität als typischem Gericht und einer Kostprobe Wein.

Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen.

Karin Mey
VBE Kreisvorsitzende Rhein-Lahn

Koblenz, Festung Ehrenbreitstein

Termin:
30.11.18
18–20 Uhr

Treffpunkt:
am Ende der Schlossstraße (Schlossrondell) in der Koblenzer Neustadt zwischen den beiden Brunnen, Dauer: ca. 2 Stunden

Anmeldung:
bis spätestens 21. November 2018 bei Karin Mey: Kamey1982@aol.com
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Anmeldungen nach Posteingang.

Kosten:
Der Beitrag ist für VBE-Mitglieder kostenlos, für Nichtmitglieder 5,00 €.

Veranstaltung des VBE-Kreisverbandes Germersheim

Der Vorstand lädt ein zur Mitgliederversammlung

Termin:
16.11.18
18.00 Uhr

Tagesordnung

- Bericht des Vorstandes
- Ehrungen
- Verschiedenes

Wie jedes Jahr wollen wir anschließend an den offiziellen Teil beim gemeinsamen Abendessen den Abend gemütlich ausklingen lassen.

Wir freuen uns darauf, Sie möglichst zahlreich begrüßen zu können.

Gabriele Schneider
VBE-Kreisvorsitzende Germersheim

Gabriele Schneider

Ort:
Stadtgartenrestaurant,
Tournuser Platz 3,
76726 Germersheim

Anmeldung:
bis zum 5. November 2018 bei Gabi Schneider per E-Mail:
g.schneider@vbe-rp.de

Veranstaltung des VBE-Kreisverbandes Mainz

VBE Mainz lädt zum Adventskaffee

Termin:
12.12.18
15.30 Uhr

Bei unserem weihnachtlichen Beisammensein kann bei Kaffee und Kuchen in einigen schönen gemeinsamen Stunden das eine oder andere Thema angesprochen werden. Und davon gibt es ja zurzeit mehr als genug!

Das Treffen am Jahresende soll aber auch zur Ideenfindung für 2019 genutzt werden. Außerdem wird Helga Sachse-Höfle uns aus ihrem großen Weihnachtsgeschichtenfundus etwas vorlesen.

Dr. Markus Bachen
VBE-Kreisvorsitzender Mainz

Treffpunkt:
Café Raab,
Kapellenstraße 31
in Mainz-Gonsenheim

Anmeldung:
bis 10. Dezember 2018 bei Dr. Markus Bachen,
Fon 06732 938508 oder per E-Mail an mbachen@gmx.de

In memoriam

Hildegard Schmitt
Lehrerin a. D.
Am Wald 22
66851 Hauptstuhl
geb. 13.01.27
† 12.09.18

Wir werden unserem verstorbenen Mitglied ein ehrendes Andenken bewahren.

Klasse!

Mitglied werden im VBE!

www.vbe-rp.de ···⁘ Mitglied werden

Jetzt mit vielen neuen
Beitritts-Prämien:*

- **Schulorganisationssoftware** VBE Fundstellen im Online-Portal (kostenfrei für 1 Jahr)
- **VBE-Powerbank** für Smartphone und Tablet
- **Amazon-Gutschein** im Wert von 15,00 Euro
- **Klassenhits** – 143 Lieder rund um die Schule
- **Klassenhits – Die Zugabe** 71 1/2 Lieder rund um die Schule

* Neue Mitglieder können unter den oben genannten Prämien eine auswählen.
Wer ein neues, zahlendes VBE-Mitglied **wirbt**, erhält einen Amazon-Gutschein im Wert von 15,00 Euro

VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Rheinland-Pfalz
www.vbe-rp.de

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

ein guter GRUNDSCHULE zu stärken!

Bildung mit Biss! VBE